

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

8. Sitzung
25. März 2022

Beginn: 10.05 Uhr
Schluss: 14.57 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen

- Mitteilungen des Vorsitzenden,
 - Überweisungen an die Unterausschüsse,
 - Konsensliste,
 - sonstige geschäftliche Mitteilungen,
- soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Punkt 1 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 19/0166

**Zweites Gesetz zur Änderung des
Landesbeamtenversorgungsgesetzes – Erhöhung der
Hinzuverdienstgrenze im Ruhestand**

[0168](#)
Haupt

Vertagt.

Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/0113

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die
Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Senats
(Senatorensgesetz – SenG)**

[0203](#)
Haupt

Antonin Brousek (AfD) äußert, seine Fraktion halte es für angemessen, die Anwartschaftszeit von vier auf fünf Jahre zu verlängern und darüber hinaus die Regelaltersgrenze anzusetzen, damit nicht zwei Legislaturperioden als solche genügen.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus, der Antrag – Drucksache 19/0113 – möge abgelehnt werden.

Wirtschaft, Energie und Betriebe – 13

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 19/0139

**Startupförderung weiterentwickeln –
Zukunftspotentiale heben**

[0154](#)
Haupt
WiEnBe

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses WiEnBe vom 16.03.2022 vor, den Antrag abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD und FDP bei Enthaltung CDU).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag – Drucksache 19/0139 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Betriebe abgelehnt werden.

Fortsetzung der Haushaltsberatungen 2022/2023 (1. Lesung)

Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [0200](#)
Drucksache 19/0200 Haupt (f)
**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023
(Haushaltsgesetz 2022/2023 – HG 22/23)**

hierzu:

Anlage zur Vorlage – zur Beschlussfassung – [0200-Anlage](#)
Drucksache 19/0200-Anlage

Mitberaten werden:

- a1) Vorlage – zur Kenntnisnahme – [0174](#)
Drucksache 19/0225 Haupt
Finanzplanung von Berlin 2021 bis 2025
- a2) Bericht SenFin – II A – vom 10.03.2022 [0174 A](#)
**Finanz- und Investitionsplanung des Landes Berlin
2021-2025** Haupt
- b) Bericht SenFin – II LIP – vom 07.03.2022 [0137 A](#)
**Fortschreibung des bisherigen
Haushaltsplanentwurfs 2022/2023
(Fortschreibungsrundschreiben 2022/2023 –
FR 22/23)** Haupt
**hier: Priorisierung der Investitionsmaßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 4. Sitzung vom 16.02.2022)**
- c) Bericht SenFin – IV D 35 – vom 14.02.2022 [0001 A](#)
**Gesetz zur Sicherstellung der
personalvertretungsrechtlichen
Interessenvertretung in der Berliner
Landesverwaltung** Haupt
**hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der
CDU
(Berichtsauftrag aus der 2. Sitzung vom 8.12.2021)**
- d) Bericht SenFin – II B – vom 04.03.2022 [0173](#)
FM-Titelliste Haupt
- e) Bericht SenFin – II B – vom 15.03.2022 [0200 A](#)
IKT-Titelliste Haupt

Einzelplan 09 – Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung

Christian Goiny (CDU) kündigt an, seine Fraktion werde beim Büro des Hauptausschusses Fragen zum Thema Digitalisierung im Gesundheitswesen, Verfahrensänderungen und Wissenschaftsverwaltung nachreichen.

Vorsitzende Franziska Becker hält dies fest.

Kapitel 0900 – Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung – Politisch-Administrativer Bereich und Service - Kapitel 0909 – Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung – Personalüberhang -

Jeweils ohne Wortmeldung.

Kapitel 0910 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung - Wissenschaft -

Mitberaten werden:

- | | |
|--|---|
| a) Vertraulicher Bericht SenWGPG – V Gst 2 – vom 23.02.2022
Charité – Universitätsmedizin Berlin
hier: Wirtschaftsplan 2022
gemäß Auflage B. 22 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21 | 0011 A
Haupt
Vertrauliche
Beratung |
| b) Bericht SenWGPG – V Gst 2 – vom 23.02.2022
Kuratorialhochschulen und sonstige
Zuschussempfänger im Kapitel 0910
hier: Wirtschaftspläne 2022
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21 | 0167
Haupt |
| c) Schreiben RBm -Skzl – V D – vom 04.11.2021
Zustimmung zur Übertragung der Bauherrenschaft
für ausgewählte Bauvorhaben auf die Humboldt-
Universität zu Berlin (HU) und die Hochschule für
Musik Hanns Eisler Berlin (HfM) (Baudienststelle in
Amtshilfe: Humboldt-Universität zu Berlin)
<u>hier nur noch:</u> Maßnahme 2
gemäß Beschluss aus der 120. Sitzung des
Hauptausschusses vom 8. Februar 1995 –
12. Wahlperiode | 0004
Haupt |

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob alle notwendigen Wirtschaftspläne zur Verfügung stünden.

Sandra Khalatbari (CDU) kündigt an, ihre Fraktion werde beim Büro des Hauptausschusses Fragen zum Thema Charité nachreichen.

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) weist darauf hin, dass alle notwendigen Wirtschaftspläne vorlägen.

Der **Ausschuss** stellt das Kapitel 0910 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung - Wissenschaft - in Gänze auf Antrag von **Dr. Ina Maria Czyborra** (SPD) zur zweiten Lesung des Einzelplans 09 zurück. Er nimmt den vertraulichen Bericht rote Nr. [0011 A](#) und den Bericht rote Nr. [0167](#) zur Kenntnis. Er stellt das Schreiben rote Nr. [0004](#) auf Antrag von **Steffen Zillich** (LINKE) zur zweiten Lesung des Einzelplans 09 zurück.

Titel 33121 – Zuweisungen des Bundes für Baumaßnahmen

Sibylle Meister (FDP) bittet darum, dass ein schriftlicher Bericht Neubau des Deutschen Herzzentrums der Charité vorgelegt werde, in dem auch auf den Finanzierungsbedarf für die gesamte Investition eingegangen werde. Sei es möglich, über eine Kreditfähigkeit nachzudenken?

Torsten Schneider (SPD) bittet darum, den fachlichen Anspruch und die harte Deckelung im Haushaltsplan in dem Bericht konkreter zu erläutern.

Der **Ausschuss** beschließt den erbetenen Berichtsauftrag.

Titel 68354 – Technologieförderung

Benedikt Lux (GRÜNE) hebt hervor, dass der Ansatz 2021 laut Plan bei 3,5 Mio. Euro liege. Laut seiner Ist-Liste lägen die Ausgaben bei 279 000 Euro. Er bitte um schriftliche Erläuterung der Differenz.

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) sagt dies zu.

Titel 68413 – Zuschuss an das Studierendenwerk

Sibylle Meister (FDP) macht darauf aufmerksam, dass die Zuwendungen des Bundes und anderer Länder 2020 im Wirtschaftsplan bei 6 Mio. Euro gelegen hätten, wodurch ein positives Ergebnis erzielt worden sei. 2021 sei das Ergebnis aufgrund der Coronapandemie sehr negativ gewesen. Sie könne nicht erkennen, ob das Studierendenwerk auch Coronamittel erhalten habe, wovon sie eigentlich ausgegangen sei. Wie realistisch sei deshalb der Ansatz für 2022?

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) erklärt, die Frage werde schriftlich beantwortet.

Titel 68500 – Förderung der Frauen in Forschung und Lehre

Antonin Brousek (AfD) fragt, warum die jährliche Summe von 1,9 Mio. Euro trotz des hohen Frauenanteils laut Titel 68520 – Zuschüsse an Universitäten gerechtfertigt sei.

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) erklärt, der Frauenanteil der Professorinnen sei noch niedrig, sodass noch keine Gleichstellung erreicht worden sei. Insbesondere bei den unbefristeten Professuren gebe es Nachholbedarf.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

Titel 68510 – Zuschuss Projektförderung Einstein Stiftung Berlin

Sibylle Meister (FDP) fragt, wie sich die Ansatzabsenkung 2023 erkläre, was das für die Einstein-Stiftung bedeute und welche Programme damit ausliefen.

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) erläutert, die Mittel seien bisher nicht vollständig abgerufen und bereits aus den vergangenen Jahren übertragen worden. Es seien weiterhin Reste zu erwarten. Nach den Haushaltsberatungen werde im Ausschuss um Übertragung der Mittel gebeten, sodass es 2023 nicht zu Kürzungen komme und keine Programme gekürzt würden.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt, ob die Landesmittel für die Einstein-Stiftung für 2022/2023 gesichert seien.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob die Senatorin Informationen zu den Resten 2021 habe.

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) hebt hervor, bei der Einstein-Stiftung seien 2021 insgesamt 10,8 Mio. Euro Reste entstanden: kleinere Restbeträge in der Projektförderung, im Programm „Wissenschaftsfreiheit“ und vor allem Mittel des Einstein-Zentrums Digitale Zukunft. Letztere seien bereits zuvor übertragen worden.

Sibylle Meister (FDP) merkt an, dass sich die Zahl von 2021 mit dem Rest 2020 decke.

Staatssekretärin Barbro Dreher (SenFin) erklärt, der Rest müsse innerhalb von zwei Jahren aufgebraucht werden, sodass der identische Rest 2022 abgerufen werden müsse.

Steffen Zillich (LINKE) gibt zu bedenken, dass keine neuen Reste gleicher Höhe entstehen könnten.

Staatssekretärin Armaghan Naghipour (SenWGPG) erklärt, in der Coronapandemie gebe es eine Verzögerung im Mittelabfluss. Die Hochschulen hätten 45 Professuren besetzen können, sodass ab 2022 ein regulärer Mittelabfluss zu erwarten sei.

Steffen Zillich (LINKE) bittet um einen schriftlichen Bericht, der eine Abschlussprognose, eine Bewertung der Mittelabflüsse und eine Bewertung der Mittelbindungen mit Verpflichtungen für die kommenden Jahre enthalte.

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) hebt hervor, die Landesmittel für die Einstein-Stiftung seien in gleicher Höhe gesichert.

Der **Ausschuss** beschließt den erbetenen Berichtsauftrag.

Titel 68517 – Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an Hochschulen

Benedikt Lux (GRÜNE) merkt an, es gebe ein Ist von 3,7 Mio. bei einem Ansatz 2021 in Höhe von 17 Mio. Euro. Der Titel sei deckungsfähig gegenüber investiven Zuschüssen an Universitäten. Wo seien die 14 Mio. Euro Differenz geblieben, wenn die Mittel für Bauvorbereitungen an Hochschulen gedacht gewesen seien?

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) erklärt, die Frage werde schriftlich beantwortet.

Titel 68520 – Zuschüsse an Universitäten

Christian Goiny (CDU) kündigt an, die CDU-Fraktion werde zu diesem Titel schriftliche Fragen beim Ausschussbüro einreichen.

Vorsitzende Franziska Becker hält dies fest.

Titel 68521 – Qualitäts- und Innovationsoffensive an Hochschulen - Fördermittel zur Umsetzung des Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt, was es mit der deutlich abgesenkten Summe bei der Verpflichtungsermächtigung 2023 auf sich habe. Sie habe außerdem bisher die verständigte Stärkung der Lehrkräfte vermisst. Was sei zudem der Grund der deutlichen Absenkung 2023 im Vergleich zu 2022 bei der Landeskonzferenz der Frauenbeauftragten?

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) entgegnet, es habe gekürzt werden müssen, aber seitens SenFin gebe es eine haushaltswirtschaftliche Zusage, dass die Aufgaben erfüllt werden könnten.

Staatssekretärin Armaghan Naghipour (SenWGPG) erklärt, bezüglich der Kürzungen um 4 Mio. Euro 2023 gebe es Bundesmittel, die bis Ende 2023 verausgabt werden müssten. Den Deckungsbetrag beabsichtige die Senatsverwaltung, haushaltswirtschaftlich im Rahmen der Deckungsfähigkeit bereitzustellen.

Die Kürzung der Senkung der Mittel zur Landeskonzferenz der Frauenbeauftragten sei nötig gewesen, aber für die Arbeitsgemeinschaft der Frauen- und Geschlechterforschungseinrichtungen könne in bisheriger Höhe von 150 000 Euro weiterhin Unterstützung erfolgen. Das Problem sei, dass Mittel, die nicht aus Landesmitteln zur Finanzierung des Gesamtkonzepts Integration und Partizipation Geflüchteter vorhanden seien, für 2023 anders ausgeglichen werden müssten. Das gleiche Problem gebe es für die Maßnahmen der Qualitäts- und Innovationsoffensive.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

Titel 68561 – Berlin School of Public Health

Antonin Brousek (AfD) fragt, ob mit der Erweiterung der Berlin School of Public Health in Richtung Global Health mit weiteren erheblichen Kosten zu rechnen sei, wenn es die Gesundheit der ganzen Welt betreffe. Könnten außerdem vor dem Hintergrund, dass Deutschland kein Dritte-Welt-Land sei, deutsche Ausdrücke verwendet werden?

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) bestätigt, dass der Ansatz zur Erweiterung in Richtung Global Health beitrage. Bei Begrifflichkeiten habe sich gerade in der Wissenschaft die Internationalität durchgesetzt.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

Titel 68559 – Zuschüsse aus Bundesmitteln für den Hochschulpakt 2020 – Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt nach dem Grund der erheblichen Steigerung. Habe es Gespräche mit der Bundesregierung gegeben, sodass vom Bund aufgestockt werde?

Staatssekretärin Armaghan Naghipour (SenWGPG) teilt mit, zum jetzigen Zeitpunkt habe es noch keine Gespräche gegeben. Der überwiegende Teil der Bundesmittel werde im Rahmen der konstruktiven Zuschüsse nach Hochschulverträgen und dem Charitévertrag an die Hochschulen weitergereicht. Ein wesentlicher Teil fließe in die Gesamtfinanzierung der Innovationsoffensive. Hinzu kämen Einzelmaßnahmen entsprechend den Zielstellungen des Hochschulpakts.

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) bestätigt, es sei als Erwartung der Erhöhung der Bundesmittel eingestellt, und es werde nur so ausgegeben, wenn die Bundesmittel flössen.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Antonin Brousek (AfD) fragt, welche Forschungsvorhaben den Aufwuchs bei Teilansatz 8 – Climate Change Center Berlin-Brandenburg rechtfertigten. Warum sei der Aufwuchs so erheblich?

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt, ob die Förderung unter Teilansatz 10 – Kooperatives Promotionszentrum Berlin – nicht mehr notwendig sei.

Staatssekretärin Armaghan Naghipour (SenWGPG) erklärt, das Climate Change Center sei ein bedeutendes Ziel der Regierung, das sich auch im Koalitionsvertrag wiederfinde.

Im Promotionsrecht solle es Entwicklungen geben, sodass unklar sei, ob 2023 dann die Mittel für das kooperative Promotionszentrum noch gebraucht würden. Es werde außerdem Teil der Verhandlungen in den Hochschulverträgen sein.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellungen fest.

Titel 68590 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen

Antonin Brousek (AfD) hebt hervor, dass die Förderung des Nationalen Hochleistungsrechnens auch in Titel 89392 – Förderung des Nationalen Hochleistungsrechnens an Hochschulen, investiv aufgeführt werde. Warum sei dies so verklausuliert, und welche Kosten versteckten sich konsumtiv und investiv in den 4,5 Mio. Euro?

Staatssekretärin Armaghan Naghipour (SenWGPG) erklärt, die Förderung des Nationalen Hochleistungsrechnens an Hochschulen werde zu 50 Prozent vom Bund und zu 50 Prozent von allen Sitz- und Trägerländern getragen. In diesem Ansatz bildeten sich die konsumtiven Ausgaben des Zentrums ab, die neben dem Eigenanteil Berlins auch den Anteil des Bundes und der anderen Trägerländer hätten. Dies sei der Zuschuss über den Titel 28290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke –. Die anteiligen Kosten für den gemeinsam zu tragenden NHR-Verein einschließlich Geschäftsstelle seien in vollem Umfang berücksichtigt. Die investiven Ausgaben für das NHR-Zentrum würden in Titel 89392 – Förderung des Nationalen Hochleistungsrechnens an Hochschulen, investiv – nachgewiesen. Zusammenfassend seien die Ausgaben bei Titel 33112 – Zuweisungen des Bundes nach Art. 91b Grundgesetz für Forschungsbauten an Hochschulen, Titel 68555 – Zuschuss an das Zentrum für Informationstechnik und Titel 89361 – Zuschuss an das Zentrum für Informationstechnik für Investitionen nachgewiesen.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

Titel 82301 – Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Sonderfinanzierungen)

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) merkt an, unter Teilansatz 2 – Germanistische Institute HU – sei geplant, die Tilgung bis Februar 2027 abzuschließen. Könne das Ziel trotz der Halbierung der Tilgungsraten erreicht werden? Warum sei im Zusammenhang mit dem Titel 51827 – Zinsanteil beim Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Sonderfinanzierungen) – keine Anpassung beim Zinsanteil erfolgt?

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) kündigt an, dies schriftlich nachzureichen.

Steffen Zillich (LINKE) bittet darum, dass in dem Bericht auch dargestellt werde, wer der Sonderfinanzierungspartner sei und wie die sonstigen Konditionen seien.

Der **Ausschuss** beschließt den erbetenen Berichtsauftrag.

Titel 89419 – Investitionspakt Hochschulbau –

Der **Ausschuss** stellt den Titel auf Antrag von **Dr. Manuela Schmidt** (LINKE) zur zweiten Lesung zurück.

Titel 89446 – HfM, Ertüchtigung Fundamente und Rissanierung, Schlossplatz 7

Der **Ausschuss** stellt den Titel auf Antrag von **Dr. Manuela Schmidt** (LINKE) zur zweiten Lesung zurück.

Stellenübersicht der Freien Universität

Antonin Brousek (AfD) fragt, warum W-1-Stellen im Vergleich zu W-3- oder W-2-Stellen unterrepräsentiert seien.

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) kündigt an, dies schriftlich nachzureichen.

Der **Ausschuss** beschließt den erbetenen Berichtsauftrag.

Stellenübersicht der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin

Antonin Brousek (AfD) erkundigt sich, was „lehrende Angestellte“ seien, die nach W 3 oder W 2 besoldet würden. Müssten das Beamte sein?

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) kündigt an, dies schriftlich nachzureichen.

Der **Ausschuss** beschließt den erbetenen Berichtsauftrag.

Stellenübersicht der Hochschule für Musik Hanns Eisler Berlin

Antonin Brousek (AfD) will wissen, warum es bei der Hochschule für Musik Hanns Eisler jeweils 20,5 Beamtinnen und Beamte bei W 2 und W 3 gebe und bei W 1 keine.

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) kündigt an, dies schriftlich nachzureichen.

Der **Ausschuss** beschließt den erbetenen Berichtsauftrag.

Kapitel 0920 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung - Gesundheit –

Mitberaten werden:

- a) Bericht SenGPG – Z C 2 – vom 02.12.2021
Wirtschaftsplan 2022/2023
Krankenhaus des Maßregelvollzugs
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[0062](#)
Haupt

- a) Austauschseiten zur roten Nummer 0062 [0062-1](#)
Bericht SenGPG – Z C 2 – vom 02.12.2021
Wirtschaftsplan 2022/2023
Krankenhaus des Maßregelvollzugs
Austauschseiten: Anlage der roten Nummer 0062
Haupt
- b) Bericht SenWGPG – I E 1.7 – vom 09.03.2022 [0087 B](#)
Besetzungsstand im Öffentlichen Gesundheitsdienst
– 4. Quartal 2021
und Bitte um Änderung des Berichtsrhythmus von
quartalsweise auf jährlich zum 31.12.
(wiederkehrender Berichtsauftrag aus der 15. Sitzung
der 18. WP vom 06.10.2017)
Haupt
- c) Vertraulicher Bericht SenFin – I C 2 – vom 12.03.2022 [0052 A](#)
Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH
Geplante Umwandlung des Gesellschafterdarlehens
i.H.v. 179,3 Mio. € in Eigenkapital
hier: Folgebericht
(Berichtsauftrag aus der 2. Sitzung vom 8.12.2021)
Haupt
vertrauliche
Beratung

Elke Breitenbach (LINKE) hält es für angemessen, dass es keinen quartalsweisen Bericht zum Thema Besetzungsstand im Öffentlichen Gesundheitsdienst mehr gebe. Ein jährlicher sei aber problematisch, weil es große Herausforderungen gebe, sodass ihre Fraktion um einen halbjährlichen Bericht bitte.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht [0062/0062-1](#) ohne Aussprache zur Kenntnis. Er nimmt den Bericht [0087 B](#) zur Kenntnis und beschließt auf Antrag von **Elke Breitenbach** (LINKE) einen halbjährlichen Bericht. Er nimmt den Bericht [0052 A](#) ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen

Sibylle Meister (FDP) möchte wissen, welche Zuwendungen vor dem Hintergrund des hohen Ists 2020 zurückgeflossen seien.

Staatssekretär Dr. Thomas Götz (SenWGPG) erläutert, es gebe Rückflüsse geförderter Projekte im Integrierten Gesundheits- und Pflege-Programm – IGPP – und im Europäischen Sozialfonds – ESF. Bis 2021 verteile es sich auf eine hohe Anzahl von Zuwendungsempfängern. Im IGPP würden über 100 gesundheitsbezogene Projekte in Handlungsfeldern besonderer gesundheitlicher Bedarfslagen – HIV/AIDS, sexuell übertragbare Infektionen, Hepatitiden – und das Verbundsystem der Drogen- und Suchthilfe gefördert, und darüber hinaus neue Projekte. Es handele sich um eine reine Schätzung.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

Titel 23190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke

Sibylle Meister (FDP) merkt an, der Rest 2020 in Höhe von rund 526 Mio. Euro erscheine ihr auch unter Annahme eines Druckfehlers sehr hoch.

Staatssekretär Dr. Thomas Götz (SenWGPG) erläutert, es handele sich um die Finanzierung von Maßnahmen zur assistierten Reproduktion. Die in diesem Titel vereinnahmten Bundesmittel würden in Titel 68490 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen – für Maßnahmen der assistierten Reproduktion auf Grundlage einer geschlossenen Verwaltungsvereinbarung mit dem BMFSFJ über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Maßnahmen ausgegeben. Vermutlich spiele auch hier Corona eine Rolle.

Sibylle Meister (FDP) äußert, ihre Frage sei, warum der Rest so hoch gewesen sei. Alleine Corona erkläre die Zahl nicht.

Oliver Rohbeck (SenFin) erklärt, in der ersten Zeile stehe immer ein Ist. Ein Rest stehe wiederum immer in der zweiten Zeile. Bei Einnahmetiteln gebe es keinen Rest in der Berliner Haushaltswirtschaft, sodass es sich nicht um einen Rest, sondern um ein hohes Ist handele.

Vorsitzende Franziska Becker schlägt vor, die Frage schriftlich zu beantworten.

Der **Ausschuss** beschließt den erbetenen Berichtsauftrag.

Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten

Antonin Brousek (AfD) merkt an, die Kosten unter Nummer 3 – Kosten für die klageverfahren infolge der Covid-19-Pandemie – seien sehr hoch veranschlagt. Um welche Klageverfahren handele es sich?

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) legt dar, es gebe eine sehr hohe Zahl an Klageverfahren im Zusammenhang mit Covidmaßnahmen.

Staatssekretär Dr. Thomas Götz (SenWGPG) fügt hinzu, es habe zu Eindämmungsmaßnahmen zahlreiche Klageverfahren gegeben, die größtenteils gewonnen worden seien. Die Zahl der Verfahren sei insbesondere zum zweiten Lockdown stark angestiegen. Die Pandemie dauere noch an, sodass weiterhin Mittel benötigt würden.

Antonin Brousek (AfD) fragt, welche Art von Verfahren dies schwerpunktmäßig seien.

Staatssekretär Dr. Thomas Götz (SenWGPG) teilt mit, dass es sich schwerpunktmäßig um verwaltungsrechtliche Verfahren handele.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

Titel 52610 – Gutachten

Elke Breitenbach (LINKE) fragt, warum 2022 für die Evaluation Drugchecking kein Geld angesetzt sei.

Staatssekretär Dr. Thomas Götz (SenWGPG) erklärt, das Projekt Drugchecking sei bisher nur in Vorbereitung, da noch keine Beschäftigungspositionen hätten geschaffen werden können. Es werde 2022 gestartet, sodass zu dem Zeitpunkt noch keine Evaluation notwendig sei.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Sebastian Walter (GRÜNE) möchte wissen, was unter Nummer 11 – Maßnahmen zur Begleitung Fast Track City Initiative zur Beendigung von Aids und Öffentlichkeitsarbeit – konzeptionell geplant sei. Zudem wolle er wissen, was unter Nummer 17 – Durchführung einer Werbekampagne zur Spendengewinnung für den Notfallfonds der Clearingstelle – erfolgt sei, was geplant sei, inwieweit damit Spenden hätten eingeworben werden können und wie viele Spenden in den nächsten beiden Jahren zu erwarten seien.

Elke Breitenbach (LINKE) fragt, warum das Modellprojekt Naloxon beendet worden sei. Um welche Dienstleistungen handele es sich außerdem im Zusammenhang mit „Berlin bewegt sich“?

Sibylle Meister (FDP) fragt, was bei der Kampagne zur Erhöhung der Impfbereitschaft geplant sei.

Sandra Khalatbari (CDU) will wissen, ob es unter Nummer 22 – Pandemiebewältigung – Kampagne zur Erhöhung der Impfbereitschaft – Verträge mit Dienstleistungsunternehmen gebe.

Benedikt Lux (GRÜNE) äußert, von den 38 Mio. Euro 2021 seien 23 Mio. verausgabt worden. Im Jahr 2022 werde der Ansatz auf rund 7 Mio. Euro abgesenkt. Was sei 2021 finanziert worden?

Staatssekretär Dr. Thomas Götz (SenWGPG) weist darauf hin, dass eine Aufschlüsselung schriftlich nachgereicht werde. – Naloxon sei mittlerweile als Spray zugelassen. Die Vergabe der Leistungen 2021 habe wegen Personalengpässen nur verspätet durchgeführt werden können, allerdings sei zusätzlich seitens des Bundes ein Modellprojekt geplant, und es sollten Doppelungen vermieden werden. Aktuell fänden Abstimmungen statt, inwieweit sich der Bund beteilige. Ab 2023 sei das Modellprojekt des Bundes beabsichtigt, und es bedürfe eine geringe landesseitige Unterstützung.

Dienstleistungen im Rahmen von „Berlin bewegt sich“ seien Pflege und Wartung der „Berlin bewegt sich“-Parks, die Kommunikationskampagne und eine Evaluation.

Der sozialwissenschaftliche Beirat bei SenWGPG habe die Aufgabe, Ideen zu einer Impfkampagne zu –entwickeln und Zielgruppen zu identifizieren. Der Impfgap solle geschlossen werden, auch mit spezifischer Adressierung der Zielgruppen.

Für die Werbekampagne zur Spendengewinnung gebe es noch keinen konkreten Dienstleister. Ressourcenbedingt gebe es noch kein Konzept, aber es werde daran gearbeitet.

Sandra Khalatbari (CDU) fragt, ob spezielle Verträge mit Dienstleistern hinsichtlich der Impfkampagne noch nicht abgeschlossen worden seien, weil noch daran gearbeitet werde.

Staatssekretär Dr. Thomas Götz (SenWGPG) bestätigt, dass dies richtig sei.

Der **Ausschuss** beschließt die von **Benedikt Lux** (GRÜNE) und **Sebastian Walter** (GRÜNE) erbetenen Berichtsaufträge zur zweiten Lesung.

Titel 54012 – Ersatzvornahmen

Antonin Brousek (AfD) will wissen, ob es sich bei den Ersatzvornahmen um Testzentren handele. Sei geplant, dass diese im zweiten Halbjahr 2022 komplett wegfielen?

Staatssekretär Dr. Thomas Götz (SenWGPG) erklärt, dazu gehörten senatsbeauftragte Testzentren und die Beschaffung von Testkits zum ersten Halbjahr 2022. Die senatsbeauftragten Testzentren stellten ihren Betrieb zum 31. März 2022 ein, aber es werde weiterhin eine Testinfrastruktur mit gewerblichen Teststellen und auch Apotheken geben. Die Testverordnung sei seitens des Bundes bis Mai verlängert worden.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

Titel 54053 – Veranstaltungen

Oda Hassepaß (GRÜNE) hebt hervor, das Ist unter Nummer 10 – Veranstaltungen zu Kindergesundheit und Kinderschutz – in den Jahren 2021 sei 2 000 Euro betragen und habe sich 2022 und 2023 nicht verändert. Warum habe es mit Blick auf die aktuelle Situation für Kinder keine Steigerung gegeben?

André Schulze (GRÜNE) will wissen, was mit dem relativ hohen Betrag unter Nummer 13 zur Einführung der elektronischen Patientenakte geplant sei.

Staatssekretär Dr. Thomas Götz (SenWGPG) bekräftigt, der Betrag unter Nummer 10 sei tatsächlich niedrig. Es müsse zu anderen Maßnahmen zum Kinderschutz eingebettet gesehen werden, Details würden nachgeliefert.

Das Gesundheitssystem sei sehr komplex, sodass häufig und viele Akteure vernetzt werden müssten. Der Betrag unter Nummer 13 ermögliche Veranstaltungen mit den verschiedenen Akteuren, Bereitstellung von Informationen und Translationsleistungen. Die genaue Aufschlüsselung werde schriftlich erfolgen.

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) stellt klar, die niedrige Summe unter Nummer 10 erkläre sich dadurch, dass es sich um Veranstaltungen für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen handele, nicht großflächig für die Zielgruppe.

Der **Ausschuss** beschließt die Berichtsaufträge zur zweiten Lesung.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

Elke Breitenbach (LINKE) merkt an, der Notfallfonds für Geburten nicht krankenversicherter Migrantinnen – Nummer 9 – sei seit vielen Jahren unverändert. Sei es so, dass sich die Anzahl der Frauen, die das nutzen, nicht erhöht habe?

Staatssekretär Dr. Thomas Götz (SenWGPG) führt aus, im Jahr 2020 sei der Notfallfonds von Frauen aus EU-Mitgliedstaaten auf Frauen aus Drittstaaten erweitert worden. Grundsätzlich könnten Kosten für eine Entbindung für Frauen aus Drittstaaten über die Clearingstelle für nicht krankenversicherte Menschen finanziert werden. Erstattungen der mit den Geburtskliniken vereinbarten Pauschalen seien für das Land Berlin kostengünstiger, weshalb Entbindungen für Frauen aus Drittstaaten über zusätzliche Mittel mit diesem Notfallfonds finanziert werden sollten. Aktuell sei nicht mit einem Rückgang von Entbindungen von Frauen in prekären Lebenssituationen zu rechnen. Es seien aber auch keine sozialrechtlichen Änderungen für Ansprüche auf Krankenversicherung zu erwarten, sodass die Finanzplanung in Höhe der Ausgabe fortgeschrieben werde.

Antonin Brousek (AfD) fragt, was die Summe in der Bezeichnung von Nummer 9 bedeute.

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) versichert, es handele sich um einen technischen Fehler.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

Titel 68268 – Zuschuss an Einrichtungen des Maßregelvollzugs –

Antonin Brousek (AfD) fragt, um welche Einheit es sich bei der Tabelle der durchschnittliche Patientenzahl handele.

Benedikt Lux (GRÜNE) hebt hervor, das Ist 2021 sei ungefähr so hoch wie die Ansätze 2022 und 2023. Könne im Sinne der Haushaltsklarheit und -wahrheit bei der prognostizierten Belegung und der zunehmenden Einweisung von Patienten nach § 126a StPO ein ausführlicherer Bericht darüber geliefert werden, wie die Prognosen für die kommenden Jahre zustande kämen? Müsse vor dem Hintergrund der höheren Patientenzahl 2023 nicht mehr als 2022 bezahlt werden? Was sei der Grund für die Ansätze?

Er sei auch daran interessiert, eine aufgeschlüsselte Gegenüberstellung zur Ambulanz zu bekommen und ob Geld gespart werden könne, wenn eine schnelle ambulante Maßnahme durchgeführt oder eine Unterbringung in einer offenen Einrichtung durchgeführt werde, sodass vermutlich geringere Tagessätze anfielen.

Staatssekretär Dr. Thomas Götz (SenWGPG) führt aus, es handele sich um durchschnittliche Patientenzahlen auf ein Jahr bezogen, da es innerhalb eines Jahres Fluktuationen gebe.

Es gebe große Fluktuationen im Bereich § 126a StPO. Bald solle im Bereich von § 64 StPO analog zu § 63 StPO eine Reform kommen, sodass die Hoffnung sei, dass Zuweisungszahlen, die nicht planbar seien, wieder sanken.

Beim Thema, ob ambulante Angebote vorweg greifen könnten, sei die Situation im Maßregelvollzug eine andere, weil es auch um Besserung und Sicherung gehe. Es werde eine sehr spezifische Klientel bedient, während der Rest in der allgemeinpsychiatrischen Versorgung erfolge. Teilstationäre offene Angebote seien ein Teil, aber es gebe auch einen hohen Bedarf an höher gesicherten Angeboten.

Benedikt Lux (GRÜNE) weist darauf hin, dass „StGB“ statt „StPO“ ein Druckfehler sei.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Elke Breitenbach (LINKE) will wissen, ob es auf Bundesebene Bewegung zu einem Cannabismodellprojekt gebe, um den Betrag unter Nummer 16 – Cannabismodellprojekt – einzusparen.

Was sei weiterhin mit „Verstetigungsbedarf Tarifmittelmehrbedarfe“ unter Nummer 24 gemeint, und welche Tarifmittelmehrbedarfe sollten für wen verstetigt werden?

Tobias Bauschke (FDP) macht darauf aufmerksam, dass der Betrag unter Nummer 15 – Caritas Ambulanz Bahnhof Zoo – für 2023 niedrig sei. Werde die Ambulanz am Bahnhof Zoo kleiner?

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) berichtet, zum Cannabismodellprojekt lägen vonseiten des Bundes keine Informationen vor, aber man verfolge das Geschehen.

Staatssekretär Dr. Thomas Götz (SenWGPG) stellt klar, der Betrag unter Nummer 15 hänge mit der Bundesförderung zusammen, die wegfallende. Die Caritasambulanz sei aktuell auf der Suche nach Kofinanzierungsmöglichkeiten.

Sandra Khalatbari (CDU) fragt, welche der geförderten Einrichtungen und Projekte Mehrbedarfe in welchem Umfang angemeldet hätten, die im Haushaltsentwurf nicht berücksichtigt worden seien.

Elke Breitenbach (LINKE) macht darauf aufmerksam, dass unter Nummer 6 nochmals „Berlin bewegt sich“ gelistet sei. Wofür würden die 400 000 Euro genutzt?

Oda Hassepaß (GRÜNE) möchte wissen, was das Ist 2021 unter Nummer 20 – Förderung Projekt Kinder psychisch kranker Eltern – sei. Von 2022 auf 2023 gebe es eine Reduktion.

Sibylle Meister (FDP) bittet darum, dass die Senatsverwaltung alle Titel und Kosten für das Projekt „Berlin bewegt sich“ einzelplanübergreifend schriftlich darstelle. Was sei unter „Landesprogramm für integrierte Gesundheit“ unter Nummer 22 zu verstehen?

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) erklärt, beidem Betrag unter Nummer 22 handele es sich um integrierte Gesundheitszentren wie das in Neukölln eröffnete Modellprojekt. Es gebe ein niederschwelliges Gesundheitsangebot mit verschiedenen ärztlichen und Sozialberatungsangeboten. Es sei geplant, das in anderen Bezirken in ähnlicher Weise aufzubauen. Das Landesprogramm erlaube nicht, auf einen Schlag alle Bezirke damit zu bedienen, aber es werde langsam wachsen.

Sibylle Meister (FDP) erwidert, das klinge interessant, aber sie sei an einer detaillierteren schriftlichen Beantwortung interessiert: Wie viele Bezirke seien bei den 600 000 Euro eingeplant, welche Vereine seien gemeint, wie sei die Aufteilung, gebe es Ärzte?

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) stellt klar, es gebe noch keine konkreten weiteren Zentren. Das Konzept des bestehenden Zentrums werde schriftlich bereitgestellt.

Staatssekretär Dr. Thomas Götz (SenWGPG) fügt hinzu, die übrigen Fragen würden schriftlich beantwortet.

Sandra Khalatbari (CDU) wendet sich der Thematik sprachliche Verständigung im Gesundheitsbereich mit nichtdeutschsprachigen Zuwanderern zu, wozu sie wissen wolle, ob der Senat etwas zum Bedarf unter Berücksichtigung der Flüchtlingsbewegung infolge des Krieges in der Ukraine für 2022 und 2023 sagen könne und den Ansatz in Höhe von 1,3 Mio. Euro für auskömmlich erachte?

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) räumt ein, dies sei ein wichtiger Hinweis. Es sei noch nicht berücksichtigt, da die Veranschlagung vor der Flüchtlingsbewegung vorgenommen worden sei.

Der **Ausschuss** beschließt die erbetenen Berichtsaufträge zur zweiten Lesung.

Titel 68431 – Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden –

Sebastian Walter (GRÜNE) kündigt an, ihn interessiere beim Handlungsfeld „HIV/Aids, sexuell übertragbare Infektionen und Hepatitiden“, wie die Ausrichtung des Programms für die nächsten beiden Jahre sei und welche Schwerpunkte neu gesetzt würden. Wie bilde sich der Aufwuchs für den IGPP ab?

Weiterhin wünsche er sich ähnlich zur Handhabung bei „Berlin bewegt sich“ eine einzelplanübergreifende Gesamtschau über die Unterstützungsmaßnahmen für Sexarbeitende.

Antonin Brousek (AfD) fragt, ob die Beschreibung in dem Titel bedeute, dass „trans“ zu sein das Gleiche sei wie „divers“ zu sein.

Beim Handlungsfeld Geschlechtskrankheiten und AIDS sowie beim Handlungsfeld Drogen und Sucht stehe, dass Geschlechterverhältnisse „angestrebt“ würden. Wieso würden Geschlechterverhältnisse im Hinblick auf Erkrankungen angestrebt werden? Die ergäben sich höchstens nach den tatsächlichen Krankheitsverhältnissen.

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) erwidert, „trans“ oder „divers“ zu sein sei nicht das Gleiche. In die Tiefe der Fachlichkeit wolle sie nicht einsteigen, aber es zeige ein angemessen umfassendes Verständnis von Geschlecht. Es gehe nicht um Gesundheit, sondern um Gesundheitsprogramme und gesundheitliche Bedarfslagen, die im Geschlechterverhältnis ausgeglichen versorgt werden sollten.

Der **Ausschuss** beschließt den erbetenen Berichtsauftrag von **Sebastian Walter** (GRÜNE) zur zweiten Lesung.

Titel 68450 – Förderung der Berufsausbildung

Elke Breitenbach (LINKE) ist daran interessiert, wie die Umsetzung der Schulgeldfreiheit in den Ausbildungen der Gesundheitsfachberufe berechnet worden sei. 2022 sei der Ansatz niedriger, weil später angefangen werde, aber die Berechnung erschließe sich für sie nicht. Von welcher Höhe des Schulgeldes gehe SenWGPG aus?

Staatssekretär Dr. Thomas Götz (SenWGPG) merkt an, es gebe verschiedene Möglichkeiten, zu einer Schulgeldfreiheit zu kommen. Eine Möglichkeit sei es, einen Verbund mit einer Klinik zu schließen, sodass es anders finanziert werde. Das sei hier nicht das Thema, sondern hier gehe es um das Delta, das noch übrigbleibe. Je nach Schule würden derzeit zwischen 200 und 580 Euro verlangt, sodass es hochgerechnet worden sei. Der Ansatz in 2022 sei runtergerechnet worden, weil eine Förderrichtlinie notwendig sei, wenn die Mittel zur Verfügung stünden. Die Mittel für das nächste Jahr könnten frühestens im Herbst ausgereicht werden. Man käme auf 4,5 Mio. Euro, rechne man die Zahlen hoch. Hier sei die Hälfte eingestellt worden, weil es vonseiten des Bundes Signale gebe, in der zweiten Hälfte 2023 Schulgeldfreiheit zu bewirken, sodass die Mittel nur für ein halbes Jahr eingestellt worden seien.

Elke Breitenbach (LINKE) will wissen, von welcher Anzahl an Personen, die eine Ausbildung begönnen, sei die Senatsverwaltung ausgegangen? Entscheide sich der Bund anders, reduziere sich die Anzahl der Menschen, deren Schulgeld bezahlt werde.

Staatssekretär Dr. Thomas Götz (SenWGPG) äußert, Grundlage der Kostenschätzung seien bei privaten Bildungsträgern 911 Ausbildungsplätze, die ausschließlich über das Schulgeld finanziert würden. Durchschnittswerte der Veranschlagungen seien 5 000 Euro jährlich pro Platz, 400 Euro pro Platz im Monat. Dies seien 4,5 Mio. Euro jährlich.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

89102 – Investitionspauschale für die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH

Sibylle Meister (FDP) erinnert daran, beim letzten Haushalt habe es eine Auflistung darüber gegeben, wie viele Investitionen insgesamt an die Krankenhäuser flössen. Es gebe erhebliche Forderungen der Krankenhausgesellschaft, dass dies nicht reiche. Welche Investitionen seien damit geplant, und welche Investitionen könnten nur verzögert durchgeführt werden?

Der **Ausschuss** beschließt den erbetenen Berichtsauftrag zur zweiten Lesung.

Kapitel 0921 – Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin –

Kostenträger 73493 – Leichenaufbewahrung extern

Antonin Brousek (AfD) fragt, warum der Kostendeckungsgrad nur bei ca. 30 Prozent liege.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Kapitel 0922 – Gemeinsames Krebsregister –

Elke Breitenbach (LINKE) merkt an, das Land Berlin habe weiterhin Kosten, trotz Auflösung des Gemeinsamen Krebsregisters am Ende des Jahres. Es seien an dieser Stelle noch Kosten für 2023 aufgeführt, an anderer Stelle gebe es keine Kosten für 2023. Wie sei die Etablierung ab nächstem Jahr geregelt?

Claudia Zinke (SenWGPG) fasst zusammen, das GKR werde als gemeinschaftlich finanzierte Einrichtung der östlichen Bundesländer gegen Ende des Jahres nicht mehr weitergeführt. Das Land Berlin habe keine weitere Vorsorge für 2023 getroffen, weil die Einrichtung abgewickelt werde. Für notwendige Verlagerungen von Akten oder anderen Beständen an andere Bundesländer müsse es eine Finanzierungsregelung der Bundesländer geben.

Vorsitzende Franziska Becker hält dies fest.

Kapitel 0930 – Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung - Pflege -

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Sandra Khalatbari (CDU) fragt, was der Haushaltsansatz Fachkräftesicherung in der Pflege unter Nummer 5 beinhalte. Welche Maßnahmen seien beabsichtigt?

Tobias Bauschke (FDP) erkundigt sich, wie die Erhöhung unter Nummer 9 – Berufs- und Studienorientierung Pflege – zu erklären sei.

Staatssekretär Dr. Thomas Götz (SenWGPG) berichtet, das Projekt zur Fachkräftesicherung bestehe seit 2013. Dahinter stehe der Aufbau eines berlinweiten Netzwerkes mit Publikationen und Veranstaltungen, um mehr Personen für eine Tätigkeit in der Pflege zu gewinnen. Auch solle die Ausbildungssituation verbessert werden und Berufstätige sollten länger im Beruf gehalten werden. Vernetzung, Austausch und Kooperation sollten langfristig gebunden werden.

Manja Wanke (SenWGPG) erklärt, es handele sich um ein erfolgreiches Projekt zur Fachkräftesicherung, für das Bündnispartner gesucht würden, in dem regelmäßig Salongespräche, Öffentlichkeitsaktivitäten und Netzwerkarbeit stattfinde.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Antonin Brousek (AfD) will wissen, wer interkulturelle Brückenbauerinnen und Brückenbauer in der Pflege unter Nummer 2 seien. Warum erhielten die immer mehr Geld? Warum sei das Hilfeangebot für von Vereinsamung und Isolation betroffenen älteren Menschen im Vergleich dazu bescheiden? Bei Letzterem könne er sich etwas Konkretes und Wichtiges vorstellen. Warum fielen zudem die präventiven Hausbesuche, Titel 54010 – Dienstleistungen, weg? Dies sei etwas wichtiger und vielleicht wichtiger als interkulturelle Brücken.

Franziska Becker (SPD) hält fest, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

Titel 63430 – Zuführungen an das Sondervermögen für den Ausbildungsfonds Pflegeberufe

Tobias Bauschke (FDP) bittet darum, es möge eine schriftliche Aufstellung zu diesem Fonds vorgelegt werden.

Der **Ausschuss** beschließt den erbetenen Berichtsauftrag zur zweiten Lesung.

Titel 68450 – Förderung der Berufsausbildung

Tobias Bauschke (FDP) fragt, warum sich der Ansatz für die Refinanzierung der Mietkosten für die Pflegeschulen unter Nummer 2 verringere.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Christian Goiny (CDU) fragt, ob die Transport- und Mobilitätsdienste im nächsten Einzelplan veranschlagt seien.

Vorsitzende Franziska Becker bestätigt dies. – Die Beratung des Einzelplans 09 werde an dieser Stelle unterbrochen.

Einzelplan 01 – Abgeordnetenhaus

Vorsitzende Franziska Becker begrüßt den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Herrn Buchner, und den Direktor bei dem Abgeordnetenhaus, Herrn Christen.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) begrüßt, dass der Präsident die Debattenkultur und den Respekt der Abgeordneten untereinander stärken und die Prozesse der Politik besser erklärbar machen wolle. Inwiefern spiegelten sich die Vorhaben im Einzelplan wider?

Präsident Dennis Buchner (Abghs) führt aus, ihm sei es wichtig, dass das Abgeordnetenhaus ein offenes Haus sei, in dem Politik und Diskussion gelebt werde. Er hoffe, bald wieder mehr Menschen auf der Besuchertribüne und in Form organisierter Besuchergruppen begrüßen zu dürfen. Vor der Coronapandemie sei organisiert worden, Menschen aus den Wahlkreisen zu ermöglichen, ins Haus zu kommen.

Insgesamt sollten wieder mehr Veranstaltungen stattfinden. Auch Kinder und Jugendliche, Schülerinnen und Schüler sollten wieder verstärkt ins Haus kommen. Ähnlich, wie es für viele Berliner Schulen selbstverständlich sei, den Bundestag zu besuchen, solle es selbstverständlich werden, auch das Abgeordnetenhaus zu besuchen und ein Programm geboten zu bekommen. Der im März vom Präsidium beschlossene Haushalt sei geeignet, dies umzusetzen.

Das Abgeordnetenhaus solle ein attraktiver Arbeitgeber mit Entwicklungsperspektiven für die Kolleginnen und Kollegen bleiben. Es solle weiterentwickelt werden. Dabei müsse Barrierefreiheit weiter ausgebaut werden, was nicht nur Türen betreffe, sondern auch Übertragungen von Plenarsitzungen für Gehörlose und die Untertitelung der Debatten. Alle Berlinerinnen und Berliner sollten Debatten verfolgen können. Es sei in den letzten Jahren ein guter Weg eingeschlagen worden, und Verbesserungen würden schrittweise in den Haushalten abgebildet.

Das Gebäude sei bereits vor über 120 Jahren als Parlament genutzt worden, und es gebe Bedarfe der Überarbeitung. Dazu gehörten die energetische Sanierung einschließlich dem Austausch einfachverglaster Fenster, sowie die Solaranlage auf dem Dach, die auf den neuesten technischen Stand gebracht werden solle. Auch die Begrünung von Dächern werde angeschaut werden. Der Klimaerwärmung und insbesondere den Bedingungen in den Sommermonaten solle mit Außenjalousien an so vielen Fenstern wie möglich, wenn mit dem Denkmalschutz vereinbar, begegnet werden. Klimaanlage seien ausgesprochen teuer, sodass deren Einbau im Moment nicht geplant sei.

Christian Goiny (CDU) führt aus, dass die in den Sitzungsräumen eingesetzte Beamertechnik keine gut sichtbaren Bilder liefere. Es sollten im nächsten Doppelhaushalt stärkere Geräte eingeplant werden, um die Arbeitsfähigkeit der Ausschüsse sicherzustellen. Des Weiteren solle überlegt werden, die Gehälter der Mitarbeiter der Sicherheitskräfte, des Ordnungsdienstes und der Veranstaltungstechnik zu heben. Diese übernahmen wichtige und teilweise auch undankbare Aufgaben. Für die Abteilungsleitungen habe es bereits eine Stellenanhebung gegeben.

Katrin Schmidberger (GRÜNE) teilt mit, dass ihre Fraktion weitere Fragen einreichen werde.

Präsident Dennis Buchner (Abghs) führt aus, die Anregungen des Abgeordneten Goiny würden in den nächsten Haushaltsberatungen mitbedacht. Die Mitarbeiter aller Bereiche leisteten gute und wichtige Arbeit, und in Pandemiezeiten hätten gerade die Mitarbeiter der Veranstaltungstechnik die Arbeitsfähigkeit des Parlaments durch digitale Übertragungen sichergestellt. Bei den Vergütungen sei aber der TV-L maßgeblich.

Christian Goiny (CDU) wendet ein, in höheren Vergütungsgruppen sei die Stellenhebung bereits möglich gewesen. Das Thema sei schon einmal diskutiert worden, und es seien Lösungen gefunden worden. Letztlich müssten sich neue Aufgaben auch in der Eingruppierung widerspiegeln. Zu danken sei auch dem RBB sowie Alex TV, die die Übertragung und Verbreitung der Parlamentsarbeit ermöglichten.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) weist darauf hin, dass sich der Unterausschuss Verwaltungsmodernisierung und -digitalisierung sowie Bezirke und Personal darauf verständigt habe, die vorgeschlagene Stellenhebung wohlwollend zu begleiten. Letztlich müsse die Wertschätzung für gute Arbeit auch im Gehalt zum Ausdruck gebracht werden. Positiv hervorzuheben sei, dass die Stellenhebung diesmal vor allem Frauen betreffe.

Präsident Dennis Buchner (Abghs) stimmt seinen Vorredner/-innen zu, dass alle Möglichkeiten für das Personal genutzt werden müssten. Zuletzt sei eine Anhebung um eine Gehaltsstufe beim Ordnungsdienst gelungen. Aufgrund der Konkurrenz anderer Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes in Berlin sei es auch auf der Ebene der Abteilungsleitungen das Ziel, ein guter Arbeitgeber zu sein und gut qualifiziertes Personal zu halten.

Sibylle Meister (FDP) fragt zu Titel 12401 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume, ob zur Unterstützung der Kantine, die aufgrund der Pandemie wohl Einnahmeverluste gehabt habe, auf Mietkosten verzichtet worden sei.

Präsident Dennis Buchner (Abghs) antwortet, das Abgeordnetenhaus habe teilweise auf Mietzahlungen verzichtet. Detaillierter könnten die Maßnahmen in einem schriftlichen Bericht dargestellt werden.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde.

Titel 41101 – Aufwendungen für Abgeordnete –
in Verbindung mit
Titel 41103 – Versorgungsbezüge der ehemaligen Abgeordneten –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erkundigt sich, ob die erfolgten Anpassungen im Landesabgeordnetengesetz bereits im Haushalt berücksichtigt seien.

Präsident Dennis Buchner (Abghs) führt aus, diese seien noch nicht berücksichtigt, da der Haushaltsbeschluss bereits vor der Anpassung vorgelegen habe. In diesem Jahr werde das dadurch ausgeglichen, dass 13 Abgeordnete weniger als geplant in das Parlament gewählt worden seien. Im nächsten Jahr könne es nicht mehr ausgeglichen werden, da wahrscheinlich weitere Abgeordnete zusätzliche Mitarbeiter einstellten, was auch Auswirkungen auf das zuständige Ressort der Verwaltung sowie auf die Sachmittel haben werde. Hier erfolge die Abrechnung über ein Steuerberaterbüro, das dann ca. 100 zusätzliche Mitarbeitende zu betreuen habe.

Dr. Kristin Brinker (AfD) bittet um Erläuterung, wie viele ehemalige Abgeordnete Versorgungsbezüge bekämen.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde.

Tobias Bauschke (FDP) bittet zu Titel 53103 – Empfänge, Feierlichkeiten um Erläuterung, welchen Umfang die in Berlin stattfindende Direktorenkonferenz haben werde, da der Mittelzuwachs durchaus erheblich sei.

Präsident Dennis Buchner (Abghs) erläutert, dass der Aufwuchs nicht alleine auf die Direktorenkonferenz zurückzuführen sei. Ein Teil gehe auch auf die wieder zu erwartenden Besucherfahrten der Abgeordneten sowie auf Nachholeffekte zurück.

Dr. Kristin Brinker (AfD) fragt zu Titel 63610 – Ersatz von Ausgaben an Sozialversicherungsträger –, warum die Erhöhungen teilweise rückwirkend seien. Sei dies eine Reaktion auf ein Urteil, das rückwirkende Zahlungen nötig mache?

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erkundigt sich zu Titel 51143 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT –, ob darin der Bibliotheksetat enthalten sei. Gegebenenfalls werde dazu eine schriftliche Nachfrage zur Anhebung der Beck-Online-Lizenzen nachgereicht. Der Titel 51701 – Bewirtschaftungsausgaben – enthalte nur geringe Preissteigerungen für Energiekosten. Werde das aufgrund der aktuellen Steigerungen angepasst? Bei Titel 51900 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen – gebe es die Frage, wann die Reparatur der Tür zum Innenhof geplant sei. Zu Titel 53118 – Auswärtige Städteverbindungen – müsse erläutert werden, was bezüglich der anstehenden Städtepartnerschaftsjubiläen geplant sei.

Präsident Dennis Buchner (Abghs) antwortet, dass die Tür bald wieder nutzbar sein werde. Die Energiekosten würden noch einmal berechnet, ob sich Änderungen ergäben. Die weiteren Fragen würden schriftlich beantwortet.

Direktor Christian Christen (Abghs) fragt nach, ob die Lizenzen der Fraktionen für Beck-Online nicht ausreichend seien.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erläutert, dass der Bedarf gewachsen sei. Außerdem bitte sie darum, den Titel 54010 – Dienstleistungen – zurückzustellen.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass der Titel 54010 – Dienstleistungen – zurückgestellt werde.

Präsident Dennis Buchner (Abghs) führt aus, dass es zwei runde Jubiläen mit Taschkent und Mexiko-Stadt gebe, wobei Veranstaltungen aufgrund der Entfernung fraglich seien. Des Weiteren gebe es ein Jubiläum mit Madrid, wo 2023 wahrscheinlich Veranstaltungen stattfänden. Grundsätzlich sei bei Städtepartnerschaften aber der Senat handlungsleitend.

Sibylle Meister (FDP) fragt zu Titel 69808 – Zuführung an die Studienstiftung des Abgeordnetenhauses von Berlin –, ob die Studienstiftung des Abgeordnetenhauses aufgelöst worden sei. Des Weiteren gebe es die Frage, inwiefern sich der Titel 70105 (neu) – 011 Einbau von RLT-Anlagen in die Sitzungssäle 311 und 376 – vom Titel 70104 – Maßnahmen zur Verbesserung des Wärme- und Kälteschutzes – unterscheide. Was sei der Unterschied zu Klimaanlageanlagen? Was wären die Kosten, in diesen Räumen eine Klimaanlage zu installieren?

Direktor Christian Christen (Abghs) erläutert, ein Ergebnis eines Gutachtens während der Pandemie sei gewesen, dass eine mechanische Lüftung der Räume zweckdienlich sei. Entsprechend sei im Raum 113 die bereits bestehende Anlage modernisiert und mit einer Kühlmöglichkeit verbunden worden. In den 2,7 Mio. Euro für die großen Sitzungssäle sei die Einrichtung einer mechanischen Lüftung inkludiert, aber noch keine Kühlung, da noch unklar sei, wie dies technisch umgesetzt werden könne. Vor einigen Jahren habe es ein Gutachten gegeben, das empfohlen habe, Kühlanlagen auf dem Dach zu platzieren, was jedoch auch technisch aufwändig sei. Hier werde auf neue Erkenntnisse und Möglichkeiten gehofft.

Sibylle Meister (FDP) fragt nach, ob der Titel nur die Kosten des Gutachtens enthalte.

Direktor Christian Christen (Abghs) antwortet, in dem Betrag sei auch die nötige Technik enthalten, aber der Endpreis sei noch unbekannt. Die Kostenschätzung sei vor 1,5 Jahren erstellt worden. Inwiefern die Mittel für eine Kühlmöglichkeit ausreichen, sei noch unklar.

Präsident Dennis Buchner (Abghs) erläutert, dass die Studienstiftung noch existiere, aber die Zinserträge nicht ausreichten. Im vergangenen Haushalt habe es daher einen einmaligen Zuschuss gegeben. Es sei aber nicht auszuschließen, dass es erneut einen Zuschuss brauche.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass die Frage zur Studienstiftung beantwortet sei, aber für die anderen Fragen ein schriftlicher Bericht erbeten werde.

Der **Ausschuss** schließt die erste Lesung des Einzelplans 01 ab. Die schriftlichen Berichte würden rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans am 4. Mai 2022 erwartet.

Einzelplan 21

Kapitel 2102 – Beauftragte/Beauftragter für die Berliner Polizei und Bürgerbeauftragte/ Bürgerbeauftragter

Christian Goiny (CDU) bittet um Erläuterung, ob das Abgeordnetenhaus oder eine Verwaltung für die Finanzierung und Ausstattung dieser Stellen verantwortlich sei.

Präsident Dennis Buchner (Abghs) erläutert, die Dienstaufsicht über die/den Beauftragte/n für die Berliner Polizei liege beim Präsidenten des Abgeordnetenhauses. Für die Einrichtung einer Behörde wäre das Landesverwaltungsamt zuständig. Im Wege der Amtshilfe wäre es möglich, als Abgeordnetenhaus eine Einschätzung abzugeben, wie die Behörde strukturiert sein müsse und wie viel Personal nötig sei.

Steffen Zillich (LINKE) erkundigt sich, ob die Möglichkeit bestehe, die Stellen in der Haushaltswirtschaft einzurichten, damit diese unbefristet sein könnten. Derzeit seien nur pauschale Mehrausgaben, aber keine Stellen im Etat vorgesehen.

Staatssekretärin Barbro Dreher (SenFin) wendet ein, dass das Landesverwaltungsamt keine Dienstaufsicht haben könne, da diese nur die Akten verwalte. Die Ausstattung dieser möglichen Behörde könne aber über das Landesverwaltungsamt geschehen. – Während der Haushaltswirtschaft sei es nur möglich, Beschäftigungspositionen einzurichten. Derzeit sei auch noch unklar, welches Aufgaben- und Gehaltsprofil diese Stellen hätten und wie groß diese Behörden sein würden. Wenn das bis zur zweiten Lesung bekannt sei, sei es auch möglich, die entsprechenden Stellen einzurichten.

Torsten Schneider (SPD) unterstreicht, dass die Beauftragten sowie deren Behörden mitsamt Stellen auf jeden Fall eingerichtet würden. Das Parlament werde das auch in einem Einzelplan festschreiben, aber auch der Senat könne Hinweise geben, unter welchem Einzelplan diese Behörde laufen solle, oder ob ein neuer Einzelplan nötig sei. – Die Besoldungsfrage sei ein übergreifendes Themen und betreffe auch die Staatssekretäre und Staatssekretärinnen. Es sei bekannt, dass deren Besoldung mit der Besoldungsstufe B7 im Ländervergleich unterdurchschnittlich sei. Das müsse geändert werden, werde aber aus Furcht vor medialen Konsequenzen zurückgestellt.

Steffen Zillich (LINKE) signalisiert, dass eine parteiübergreifende Initiative unterstützt werde.

Dr. Kristin Brinker (AfD) wendet ein, dass die Besoldung ausreichend sei, außerdem habe Berlin auch vergleichsweise viele Staatssekretäre und Staatssekretärinnen. Diese Praxis müsse zuerst hinterfragt werden, bevor die Besoldungsstufe erhöht werde.

Torsten Schneider (SPD) ergänzt die Bitte, im Bericht möge dargestellt werden, wie die Besoldung der Staatssekretäre und Staatssekretärinnen im Ländervergleich sei.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass ein schriftlicher Bericht rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 21 am 4. Mai 2022 erwünscht werde.

[Sitzungsunterbrechung von 12.37 bis 13.07 Uhr]

Fortsetzung der ersten Lesung des Einzelplans 09

Kapitel 0940 Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung – Forschung –

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD) beantragt, das Kapitel solle zur zweiten Lesung zurückgestellt werden.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass Kapitel 0940 zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Antonin Brousek (AfD) fragt, warum in manchen der Berliner Einrichtungen der Leibniz-Gesellschaft wie dem Institut für Festkörperelektronik sowie dem Weierstraß-Institut für Angewandte Analysis und Stochastik der Frauenanteil so niedrig sei, während er etwa im Wissenschaftskolleg 100 Prozent betrage.

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) antwortet, dass die in der Tabelle sichtbaren Ungleichgewichte die wichtigste Begründung für die Frauenförderung seien. Diese müsse in den Verträgen mit den Einrichtungen und den Hochschulen weiterhin festgeschrieben werden. Zur Förderung gebe es viele Programme, um bereits Schülerinnen für die Naturwissenschaften zu begeistern.

Jutta Koch-Unterseher (SenWGPG) erläutert, dass alle von Bund und Ländern finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen ein „Kaskadenmodell“ verfolgten. Die Ziele für die oberen Ebenen orientierten sich am Frauenanteil der unteren Ebenen. Das werde durch Monitoring-Berichte eng überwacht. Die angesprochenen Institute müssten sich verbessern, aber am Weierstraß-Institut habe es erfolgreiche Wissenschaftlerinnen gegeben, die abgeworben worden seien. Insofern sei der derzeit niedrige Anteil auch ein Zeichen des Erfolgs. Am Wissenschaftskolleg sei es gelungen, die Rektorstelle erstmalig mit einer Frau, nämlich Prof. Stollberg-Rilinger, zu besetzen.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) moniert zu Titel 68596 – Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020), Teilansatz 1, dass die Mittel des Instituts für angewandte Forschung deutlich reduziert würden.

Staatssekretärin Armaghan Naghipour (SenWGPG) erläutert, dass der Ansatz habe abgesenkt werden müssen, um die pauschale Minderausgabe für das Kapitel zu erbringen. Das Abgeordnetenhaus könne überlegen, ob eine Möglichkeit bestehe, das anderweitig zu finanzieren.

Sibylle Meister (FDP) fragt bei Titel 68560 – Zuschuss an das Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung (Museum für Naturkunde – MfN) –, ob es zur Sanierung des Museums für Naturkunde fortlaufende Berichte gebe und wann der nächste erscheine.

Staatssekretärin Armaghan Naghipour (SenWGPG) antwortet, der Bericht werde bereits erstellt.

Antonin Brousek (AfD) bittet, dass die Finanzierungsstruktur des Titels 89334 – Zuschuss an das DLR-Forschungszentrum für Investitionen – erläutert werde.

Jutta Koch-Hinterseher (SenWGPG) erläutert, in Neustrelitz sei eine Außenstelle der Berliner DLR-Zentren. Diese werde aus historischen Gründen zunächst von Berlin finanziert und Mecklenburg-Vorpommern als Sitzland erstatte diese Ausgaben. Im Haushalt gebe es Ausgaben- und Einnahmetitel, und es sei gesichert, dass die volle Summe erstattet werde.

Der **Ausschuss** beschließt, das Kapitel 0940 zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Kapitel 0950 – Frauen und Gleichstellung –

Elke Breitenbach (LINKE) beantragt, dass eine Zurückstellung des Kapitels zur zweiten Lesung erfolge.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass Kapitel 0950 zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Sandra Khalatbari (CDU) fragt, in welchem Titel Umsetzung der Istanbul-Konvention abgebildet sei.

Staatssekretärin Armaghan Naghipour (SenWGPG) erläutert, die Umsetzung der Istanbul-Konvention und der dazugehörigen Maßnahmen finde sich im Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –. Von besonderer Bedeutung seien die Nrn. 20 bis 44. Darin seien die Anti-Gewalt-Projekte veranschlagt, und der Ausbau der Schutzplätze finde sich unter Nr. 26.

Sebastian Walter (GRÜNE) fragt nach, ob trotz des diesmal abweichenden Verfahrens zu den Vorjahren die Berichte zum Gender-Budgeting wieder zur zweiten Lesung zur Verfügung gestellt würden oder ob ein Berichtsauftrag ausgelöst werden müsse.

Staatssekretärin Barbro Dreher (SenFin) antwortet, da der Haushaltsentwurf in kurzer Zeit habe aufgestellt werden müssen, seien einige Berichte zurückgestellt worden. Es werde wahrscheinlich auch nicht möglich sein, diesen Bericht für diesen Haushalt zur zweiten Lesung aufzustellen.

Antonin Brousek (AfD) bittet zu Titel 54010 – Dienstleistungen – um Erläuterung, um was es sich bei den in der Nr. 3, Weiterentwicklung der Kampagne „Leitbild Gleichstellung“, genannten „Dienstleistungsaufträgen im Rahmen des Gender-Mainstreamings“ handle.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) fragt zur Nr. 2, ob es sich um einen einzelnen Geschäftsbesorgungsvertrag handle, der die genannten Förderprogramme umsetze, oder ob es eigenständige Positionen seien?

Staatssekretärin Armaghan Naghipour (SenWGPG) antwortet zur Nr. 2, dass es ein Vertrag sei.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass zur Beantwortung der Frage zur Nr. 3 ein schriftlicher Bericht erwartet werde.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) fragt im Zusammenhang mit den Trägern der Berliner Frauenhäuser – Nrn. 20 bis 26 –, wie viele Plätze damit finanziert würden. – Zur Nr. 35 wolle sie wissen, um wie viele Zufluchtswohnungen es gehe. – Zu BIG e. V. – Nr. 37 – und Frauenkrisentelefon e. V. – Nr. 38 – wolle sie wissen, ob das Telefon rund um die Uhr erreichbar sei.

Antonin Brousek (AfD) fragt zur Nr. 53, Lila Offensive e.V., ob der Verein noch aktiv sei. Die Website werde seit 2010 nicht mehr aktualisiert.

Staatssekretärin Armaghan Naghipour (SenWGPG) erläutert, dass der Verein noch aktiv sei. Die Senatsverwaltung werde aber die Verwendungsnachweise anfordern.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) erkundigt sich zur Nr. 57, was die Koordinierungsstelle gegen weibliche Genitalverstümmelung sei. – Zur Nr. 60 bitte sie um Erläuterung, was die Aufgaben dieses Täterarbeitsprojekts Beratungszentrum zum Schutz vor Gewalt in der Familie und im sozialen Umfeld seien und wie viele Stellen es dort gebe.

Staatssekretärin Armaghan Naghipour (SenWGPG) erläutert vorab, dass dieser Ansatz durch die Senatskanzlei der SenWGPG zugewiesen worden sei. Die konkreten Aufgaben ergäben sich mit der Umsetzung.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) fragt nach, ob es sich dabei um vorbeugende oder repressive Täterarbeit handle

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde.

Titel 68418 – Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte der beruflichen Qualifizierung –

Antonin Brousek (AfD) fragt zur Nr. 2, FrauenComputerZentrum Berlin, was das Projekt mache und wie viele Mitglieder und Teilnehmer der Verein habe. Die Summe von 608 000 Euro erwecke den Eindruck, dass Frauen spezielle Unterstützung zur Bedienung eines Computers bräuchten, was wohl nicht zutreffe.

Staatssekretärin Armaghan Naghipour (SenWGPG) erläutert, in dem Teilansatz seien Projekte zur IT und für ein Medienkompetenzzentrums mit einem Volumen von 258 000 Euro, dem Projekt „Frauen in der Informationsgesellschaft“ mit 250 000 Euro ab 2022 sowie Mittel in Höhe von 100 000 etatisiert, um eine Fortbildungsreihe auszugestalten und zu verstetigen. Diese habe das FrauenComputerZentrum während der Pandemie konzipiert, um digitale

Kompetenzen zu vermitteln. Das Programm müsse regelmäßig aktualisiert werden und könne von allen Projektträgern im Bereich Frauen und Gleichstellung genutzt werden.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) fragt zur Nr. 15, Anlaufstellen für Alleinerziehende, ob geplant sei, dass 2023 alle Bezirke Anlaufstellen hätten und wie viele Personalstellen Beratungen anböten.

Sandra Khalatbari (CDU) teilt mit, dass ihre Fraktion zum Thema der beruflichen Förderung von Frauen weitere Fragen für einen schriftlichen Bericht einreichen werde.

Staatssekretärin Armaghan Naghipour (SenWGPG) führt aus, aus dem Teilansatz 15 solle die Verbesserung der Infrastruktur finanziert werden. In der bereits erfolgten Ausbaustufe seien Koordinierungsstellen und Landeskoordinatoren in allen Bezirken eingerichtet worden. Die zweite Stufe sehe die Schaffung von Anlaufstellen zur direkten Beratung der Alleinerziehenden vor. Pandemiebedingt seien die Mittel des Ansatzes nicht ausgeschöpft worden. Die Stellenbesetzungsverfahren für die Beraterinnen erfolgten sukzessive und nach Konzepterstellung, sodass die geringeren Mittel in 2022 gegenüber denen in 2023 wohl ausreichend seien.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) bittet um einen schriftlichen Bericht zu den Nummern 17 bis 20, der erläutere, warum die Mittel für Existenzgründungen entfielen und ob das an anderer Stelle kompensiert werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde.

Antonin Brousek (AfD) bittet, die Ziele der im Titel 68447 – Weiterförderung besonderer sozialer Projekte –, Nr. 1 bis 6, aufgeführten Träger, beispielsweise Xochicuicatl e.V. und Beraberce e.V., zu erläutern und inwiefern sich die teils erheblichen Aufwüchse rechtfertigten.

Staatssekretärin Armaghan Naghipour (SenWGPG) erläutert, der Verein Xochicuicatl sei ein lateinamerikanischer, interkultureller Frauentreffpunkt mit Kursen und Workshops und betreue auch Frauenselbsthilfegruppen. Beraberce e.V. biete Selbsthilfe- und Beratungsangebote für deutsche und türkische Mädchen und junge Frauen an.

Antonin Brousek (AfD) fragt nach, warum der Verein Xochicuicatl plötzlich 100 000 Euro mehr erhalte.

Staatssekretärin Armaghan Naghipour (SenWGPG) weist darauf hin, dass der Verein in 2020 bereits 115 000 Euro Zuschuss erhalten habe.

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG) ergänzt, viele Vereine hätten ihr Angebot im Jahr 2021 pandemiebedingt reduziert, was die vermeintlich starken finanziellen Unterschiede zwischen 2021 und 2022 erkläre. Die monierten Aufwüchse von jeweils bis zu 20 000 Euro bei den anderen Nummern seien ein bescheidenes Wachstum für Initiativen, die erfolgreich arbeiteten.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) fragt zum Titel 68459 – Hinführung von Mädchen zu technischen Berufen –, welche Maßnahmen dort getätigt würden. Die beigelegte Erläuterung beantworte das nicht ausreichend.

Staatssekretärin Armaghan Naghipour (SenWGPG) führt aus, unter dem Titel würden Projekte gefördert, um Mädchen und junge Frauen für MINT-Studiengänge und Berufe zu interessieren. Es gebe zum einen die Jobwerkstatt mit 350 000 Euro für Mädchen und junge Frauen, die sich dort mit praktischen Übungen auf Berufe im IT-, Medien- und im technischen Bereich vorbereiten könnten. – Zum anderen gebe es den LIFE e.V. Dieser werde mit 217 000 Euro gefördert und hier vor allem das Projekt „Enter Technik“. Dort hätten junge Frauen nach dem Schulabschluss für ein Jahr die Möglichkeit, in Kooperation mit Unternehmen Praktika in verschiedenen technischen Berufsfeldern zu absolvieren. Das Projekt werde seit 2013 erfolgreich durchgeführt. Seitdem hätten in jedem Jahrgang ca. 75 Prozent der Teilnehmerinnen einen Ausbildungsvertrag mit einem der Partnerunternehmen abgeschlossen. In diesem Projekt solle eine zusätzliche Stelle eingerichtet werden, damit der Träger mit weiteren Unternehmen kooperieren könne. – LIFE e.V. biete ebenfalls die Girls-Day-Akademien an, die mit 58 000 Euro bezuschusst würden. Mädchen hätten hier in einer schulübergreifenden Arbeitsgemeinschaft die Möglichkeit, praktische Erfahrungen in der Holz- und Metallbearbeitung, der Elektrotechnik und Robotik zu erlangen. Derselbe Verein veranstalte auch die mit 59 000 Euro geförderten Girls Days und Boys Days.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) fragt zu Titel 68500 – Förderung der Frauen in Forschung und Lehre –, wie der starke Aufwuchs der Verpflichtungen aus Vorjahren ab 2024 erklärt werden könne.

Staatssekretärin Barbro Dreher (SenFin) erläutert, die Beträge setzten sich aus Verpflichtungen zusammen, die in den Vorjahren eingegangen worden seien. Es werde wahrscheinlich für drei Jahre Verpflichtungen geben, die 2024, 2025, 2026 ausfinanziert werden könnten.

Kapitel 0991 – Sekretariat der Kultusministerkonferenz –

Keine Wortmeldung.

Benedikt Lux (GRÜNE) bedauert, er müsse auf das Kapitel 0940 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung - Forschung – und dort auf Titel 68584 – Zuschuss zur Deckung des Betriebsverlustes der Zentralstelle zur Behandlung und Beseitigung radioaktiven Abfalls (ZRA) – zurückkommen. Warum erhöhe sich der Ansatz von 2021 zu 2022 um 2,3 Mio. Euro, sinke dann aber im Jahr 2023 wieder um rund 2 Mio. Euro ab?

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde.

Der **Ausschuss** schließt die erste Lesung des Einzelplans 09 ab. Die schriftlichen Berichte würden rechtzeitig zur zweiten Lesung am 01. Juni 2022 erwartet.

Einzelplan 27

Kapitel 2709 – Aufwendungen der Bezirke – Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung –

Keine Wortmeldungen.

Einzelplan 11 – Integration, Arbeit und Soziales

Mitberaten wird:

Vertraulicher Bericht SenIAS – III A 1.7 – vom
21.03.2022
**Aktuelle Situation und Finanzierung der
Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine**

[0195](#)
Haupt
vertrauliche
Beratung

Christian Goiny (CDU) kündigt an, dass seine Fraktion weitere Fragen für Berichte zum Thema Digitalisierung und Prozessoptimierung und zur genauen Finanzierung und der Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine einreichen werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde.

Hendrikje Klein (LINKE) beantragt, dass der aufgerufene vertrauliche Bericht zur zweiten Lesung aktualisiert werde.

Steffen Zillich (LINKE) wendet ein, dass bereits ein Berichtsauftrag zu Aufwendungen für die Geflüchteten aus der Ukraine vorliege. SenFin sei gebeten worden, einen Vorschlag für eine Veranschlagungssystematik zu unterbreiten. Daher sei nun die Nachfrage, worauf sich die Fragen der CDU-Fraktion bezögen, da dies eventuell in einem Bericht zusammengefasst werden könne.

Christian Goiny (CDU) führt aus, wenn es möglich sei, einen ein konsolidierter Bericht mit der Zuarbeit der SenFin im Rahmen der Gesamtfinanzierung und den weiteren angekündigten Fragen zu erstellen, sei das ausreichend.

Weitere Protokollierung siehe nichtöffentliche Anlage zum Inhaltsprotokoll.

Der **Ausschuss** nimmt den vertraulichen Bericht 0195 zur Kenntnis.

Tobias Bauschke (FDP) bittet um Erläuterung, warum es bei den Zuschüssen für sozialen und ähnlichen Einrichtungen eine Steigerung von 3,5 Mio. Euro auf 9,5 Mio. Euro gebe. Generell zeige die Gesamtübersicht der Ausgaben bei den Zuschüssen für soziale und ähnliche Einrichtungen, aber auch bei den Zuschüssen für die Bildung und Förderung der Stadtteilzentren erhebliche Aufwüchse.

Staatssekretär Alexander Fischer (SenIAS) skizziert, dass es vor allem Aufwüchse bei den Stadtteilzentren und den Projekten für Wohnungslosenhilfe gebe. Näheres könne im Kapitel 1150 ausgeführt werden.

Kapitel 1100 – Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Frank Balzer (CDU) erbittet zu Titel 54053 – Veranstaltungen einen schriftlichen Bericht, der erläutere, was als Programm für die 100. Arbeits- und Sozialministerkonferenz geplant sei, die für die Aufwüchse ursächlich sein solle.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde.

Titel 51135 – Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln

Hendrikje Klein (LINKE) erkundigt sich, wie weit der Entwicklungsstand eines digitalen zentralen Tarifregisters sei und welche finanzielle Vorsorge getroffen worden sei.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) bittet um Erläuterung, wie der Aufwuchs begründet werde.

Stephan Herting (SenIAS) erläutert zur Frage der Abgeordneten Klein, dass die Vorsorge 60 000 Euro betrage, die mit hoher Wahrscheinlichkeit in diesem und im nächsten Jahr abfließe. – Der Aufwuchs begründe sich insofern, dass in dem Titel neben dem Tarifregister auch die Mittel zur Ausstattung des Willkommenszentrums veranschlagt seien. Des Weiteren seien die Fachprozesse in den Abteilungen zu digitalisieren, genauso wie in den Bezirken. Der Unterschied von 2022 und 2023 sei darauf zurückzuführen, dass in 2023 in den Arbeitsgebieten Arbeit und Integration in den Bezirken weiter vorangeschritten werden solle. Im Bereich Soziales gebe es schon eine intensive Zusammenarbeit, insbesondere mit dem Bezirk Mitte. – Außerdem gebe es noch einen Ansatz für die Fachprozesse bei den nachgeordneten Behörden der drei großen Landesämter. Dazu sei auch im Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz ein Bericht angefordert worden.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) erklärt, sie bitte weiterhin um schriftliche Beantwortung.

Senatorin Katja Kipping (SenIAS) führt aus, das öffentliche Tarifregister existiere seit 30 Jahren für Berlin und Brandenburg gemeinsam. Für die Vergabe seien 500 bis 600 Tarifverträge einschlägig, die nun mit Inhalten aufbereitet worden seien, auch als Hilfeleistung für die Vergabestellen. Die Zusammenfassung der Inhalte werde am 25. März 2022 digital gestellt, um Transparenz in der Öffentlichkeit zu schaffen, und könne Beschäftigte in Tarifkämpfen stärken; zugleich stelle das eine Serviceleistung für die Vergabestellen dar. Perspektivisch solle das Vorhaben dahingehend weiterentwickelt werden, dass Tarifinhalte für jedermann einfach so zugänglich sein würden wie der Wetterbericht in einer Smartphone-App.

Hendrikje Klein (LINKE) bittet darum, einen Bericht zu erhalten, in dem Ideen zur Fortentwicklung vorgestellt würden; dies solle aber nicht im Rahmen der Haushaltberatungen geschehen. Ein sinnvolles Abgabedatum für den Bericht solle gemeinsam festgelegt werden.

Vorsitzende Franziska Becker hält nach Absprache mit den Vertretern der Senatsverwaltung und der Abgeordneten Klein fest, der zuletzt angeforderte Bericht solle rechtzeitig zur Sitzung des Hauptausschusses am 12. Oktober 2022 vorliegen. Der Bericht auf Wunsch der Abgeordneten Jasper-Winter möge rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 11 vorgelegt werden.

Kapitel 1109 – Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales - Personalüberhang -

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1120 – Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales - Beauftragte/Beauftragter für Integration und Migration -

Max Landero Alvarado (SPD) erkundigt sich, wo die Etatisierung der Geschäftsstelle des Islamforums zu finden sei, nachdem er sie im Haushaltsplanentwurf von SenIAS nicht gefunden habe.

Senatorin Katja Kipping (SenIAS) bestätigt, dass der Etat hierfür in der Tat nicht bei SenIAS eingestellt sei.

Max Landero Alvarado (SPD) fragt nach, ob geplant sei, dass sich das künftig ändere.

Senatorin Katja Kipping (SenIAS) verneint dies.

Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter

Dr. Kristin Brinker (AfD) fragt, was genau unter der Erläuterung „Ausbau des Beratungsreiches“ zu verstehen sei, da sich die unter diesem Titel bereitgestellten Mittel verdoppelten.

Katarina Niewiedzial (SenIAS; Landesbeauftragte für Integration und Migration) erläutert, es gehe hier um den Ausbau der Räumlichkeiten in der Potsdamer Straße 65. Dort unterhalte die Landesbeauftragte ein Beratungszentrum, für das zusätzliche Räume angemietet werden sollten.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) bittet um eine Erklärung, was mit der unter Nr. 11 gelisteten Studie – „Machbarkeitsstudie zum Einsatz von Einbürgerungslotsinnen und -lotsen“ –, die ab 2023 finanziert werden solle, untersucht werden solle. Womit solle sich die ebenfalls neue, unter Nr. 12 genannte externe Evaluation zur „Weiterentwicklung zur Errichtung einer Unterstützungsstruktur für Wohnmietberatung“ befassen?

Max Landero Alvarado (SPD) regt an, zu dem Titel einen Bericht auszulösen, der beschreibe, wie die Umsetzung des Partizipationsgesetzes vorangehe. Dieser solle aber nicht im Rahmen der Haushaltsberatungen erbracht werden.

Hendrikje Klein (LINKE) beantragt zur zweiten Lesung einen Bericht über die finanziellen und personellen Mittel zur Umsetzung der inhaltlichen Schwerpunkt des PartMigG.

Senatorin Katja Kipping (SenIAS) sagt den von der Abgeordneten Klein gewünschten Bericht zu. – Die von der Abgeordneten Jasper-Winter angefragte Machbarkeitsstudie sei der Arbeit der Einbürgerungslotsen gewidmet. Der Koalitionsvertrag sehe vor, Einbürgerungen in Berlin zu erleichtern. Da es hierzu ein neues Verfahren geben solle, plane man für diesen Prozess Lotsen zu engagieren. Das solle vorbereitet werden.

Katarina Niewiedzial (SenIAS; Landesbeauftragte für Integration und Migration) ergänzt, bei der Evaluation unter Nr. 12 gehe es um die Wohnunterstützungsstruktur. Ein seit einem Jahr bestehendes Projekt zur Unterstützung bei der Wohnungsakquise solle weiterentwickelt werden. Hierfür bedürfe es einer Evaluation der bisherigen Arbeit.

Vorsitzende Franziska Becker erinnert daran, dass neben der Möglichkeit, Berichte zu beauftragen, auch diejenige bestehe, gegen Ende der Haushaltsberatungen Auflagen zu formulieren.

Dr. Kristin Brinker (AfD) weist darauf hin, dass die unter Nr. 12 genannte Evaluation gemäß Haushaltsplanentwurf im Zusammenhang mit Wohnmietberatung stehe, nicht mit Wohnungsakquise, wie eben dargestellt. Wie erkläre sich diese Differenz?

Katarina Niewiedzial (SenIAS; Landesbeauftragte für Integration und Migration) führt aus, der Träger, der bei der Ausschreibung des Projekts zur Errichtung einer Unterstützungsstruktur für Wohnmietberatung den Zuschlag erhalten habe, biete Beratung für Menschen an, damit diese eine Wohnung bekämen. Er berate sowohl Mieter als auch potenzielle Vermieter. Das Projekt sei unter dem Namen „Wohnhelden“ bekannt.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, neben dem zugesagten Bericht zur zweiten Lesung werde rechtzeitig zur Sitzung am 12. Oktober 2022 ein Sachstandsbericht zur Umsetzung des Partizipations- und Migrationsgesetzes erwartet.

Titel 68118 – Leistungen zur Anerkennung ausländischer beruflicher Qualifikation

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) stellt fest, dass der Ansatz sinke, und erkundigt sich, ob von weniger Aufwand ausgegangen werde.

Katarina Niewiedzial (SenIAS; Landesbeauftragte für Integration und Migration) führt zu dem Härtefallfonds, den dieser Titel beschreibe, aus, er bilde eine ergänzende Maßnahme zu einer Finanzierung, die sonst durch die Agentur für Arbeit und den Bund erfolge: Menschen, die sich ihre Qualifikation anerkennen lassen wollten, könnten sich dafür anfallende Kosten erstatten lassen. Diese Praxis werde eigentlich über andere Ebenen finanziert, Berlin habe das aber bisher aufgrund einer Lücke, die entstanden sei, weil der Bund die Kostenübernahme gedeckelt und eine Maximalsumme festgelegt habe, teilweise übernommen. Dieses Verfahren sei aber nicht ganz zielführend gewesen, weil Menschen mit Mangelberufen nicht wirklich getroffen worden seien; daher rühre auch die geringe Auslastung. Außerdem habe man die Erfahrung gemacht, dass der bürokratische Aufwand für die Antragsteller zu hoch sei. Man wolle nun in Verhandlungen mit dem Bund gehen, um den Fonds zukünftig anders aufzusetzen und die Berliner Arbeit mit dem Fonds auslaufen lassen zu können.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass die Abgeordnete weiterhin einen Bericht wünsche, der zur zweiten Lesung vorzulegen sei.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Dr. Kristin Brinker (AfD) bittet um eine konkretere Erklärung, wie die Erläuterung zu Nr. 6 – „Aufbau einer Beratungsstruktur für geflüchtete Wohnungssuchende. Weniger wegen geringer Auslastung“ – zu verstehen sei.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) bemerkt, dass der Ansatz unter Nr. 1 – „Landesrahmenprogramm für Integrationslotsinnen und -lotsen“ im Vergleich zu 2021 sinke; sie bitte um Erklärung hierfür. – Bezüglich des Ansatzes unter Nr. 5 – „Deutschkurse für Geflüchtete“ – bitte sie um schriftliche Auskunft, um wie viele Angebote es sich handele.

Senatorin Katja Kipping (SenIAS) erläutert zur Frage der Abgeordneten Brinker nach der Unterstützungsstruktur für Wohnungssuchende, es werde nicht der Bedarf seitens der Wohnungssuchenden geringer, sondern es stünden weniger Wohnungen zur Verfügung; das bilde den limitierenden Faktor.

Die Frage der Abgeordneten Jasper-Winter nach den sinkenden Aufwendungen für Integrationslotsen sei dahingehend zu beantworten, dass es bereits durch den ersten Senatsbeschluss eine Absenkung um 1 Mio. Euro gegeben habe. Die Bezirke hätten das sehr problematisiert, woraufhin SenIAS in ihren internen Haushaltsverhandlungen entschieden habe, eine Aufsto-

ckung vorzunehmen; allerdings sei das erst möglich, wenn der Haushalt beschlossen sei, für 2022 also erst ab Mitte des Jahres.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, die Frage der Abgeordneten Jasper-Winter zu den Deutschkursen für Geflüchtete bleibe schriftlich zu beantworten.

Titel 68410 – Partizipationsmaßnahmen

Dr. Kristin Brinker (AfD) erkundigt sich zu Nr. 2 – „Berufliche Qualifizierung junger Migrantinnen und Migranten“ –, ob es eine Erfolgskontrolle oder einen Nachweis, dass die Menschen berufliche Abschlüsse erzielten, gebe. – Was bezweckten die Mittel im „Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)“ unter Nr. 3? – Was sei die Aufgabe des „Berliner Netzwerkes für Bleiberecht bridge“ unter Nr. 4? Wie gestalte sich hier das Zusammenspiel mit dem Bund und dessen Mitteln?

Katarina Niewiedzial (SenIAS; Landesbeauftragte für Integration und Migration) bestätigt, dass bei dem Projekt zur beruflichen Qualifizierung junger Migranten wie bei jedem geförderten Projekt selbstverständlich Zielvereinbarungen bestünden und Kontrollen durchgeführt würden. 2022 solle eine Evaluation und eine Weiterentwicklung des Projektes stattfinden.

Bei AMIF handele es sich um ein europäisches Förderprogramm. Berlin erhalte europäische Fördergelder und kofinanzieren den Fonds mit Landesmitteln in Höhe von 25 Prozent. Gegenwärtig befänden sich fünf Träger in der AMIF-Finanzierung. Die neue Förderperiode solle noch im März 2022 ausgeschrieben werden.

Das Projekt bridge werde vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales finanziert. Es unterstütze die Qualifizierung von und Arbeitsvermittlung für Menschen mit einer Duldung, also ohne festen Aufenthaltsstatus. Durch die Vermittlung in Arbeit bekämen sie diesen Status dann. Es handele sich um ein großes Netzwerk von kleinen Organisationen in Berlin, die die Qualifizierungs- und Beratungsarbeit seit rund 15 Jahren leisteten.

Vorsitzende Franziska Becker mahnt an, nicht in inhaltliche Diskussionen abzugleiten, die in den Fachausschüssen zu führen seien. Die Abgeordneten mögen sich in diesen Fragen mit ihren Fraktionskollegen abstimmen, um sich im Hauptausschuss auf haushälterische Gesichtspunkte beschränken zu können.

Kapitel 1140 – Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales - Arbeit und Berufliche Bildung -

Titel 68333 – Zuschüsse zur Förderung der Berufsausbildung

Hendrikje Klein (LINKE) bittet darum, dass die Hintergründe, Ziele und Konzepte der Ausweitung des unter Nr. 2 gelisteten Berliner Ausbildungsplatzprogramms, BAPP, erläutert werden mögen.

Senatorin Katja Kipping (SenIAS) antwortet, das Projekt sei insbesondere jetzt sinnvoll, da durch Corona zwei Jahrgänge von Auszubildenden besonderen Schwierigkeiten ausgesetzt gewesen seien. Sie bitte darum, einen schriftlichen Bericht einreichen zu dürfen, um dem Projekt wirklich gerecht werden zu können.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) wünscht einen schriftlichen Bericht zum Ausbildungshotel, das unter Nr. 1 genannt werde.

Steffen Zillich (LINKE) knüpft daran an und bittet, auch die Frage zu beantworten, inwieweit die Erfahrungen mit dem Ausbildungshotel auf andere Projekte übertragbar seien.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, alle Fragen zu diesem Titel seien schriftlich zu beantworten.

Titel 68453 – Zuschüsse für besondere Projekte der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik

Hendrikje Klein (LINKE) fragt, welche Auswirkungen durch den Landesmindestlohn unter diesem Titel und im Einzelplan 11 generell entstünden und wo und wie die Mittel dafür etabliert seien.

Staatssekretär Alexander Fischer (SenIAS) trägt vor, das Solidarische Grundeinkommen, das im aktuellen Titel behandelt werde, sei in der Tat eines der Felder, in denen sich der Landesmindestlohn bemerkbar mache. Der zweite Titel, bei dem das der Fall sei, sei Titel 68356 – Landeszuschüsse für Beschäftigung; dort seien die Kofinanzierungen nach §§ 16e und i SGB II betroffen. Letzterer Sachverhalt sei noch komplexer, weil dort die Höhe des Bundesmindestlohns, die Höhe des Landesmindestlohns und zeitliche Verschiebungen zu berücksichtigen seien. Im zuständigen Fachausschuss gebe es bereits einen Berichtsauftrag hierzu.

Vorsitzende Franziska Becker teilt mit, ein weiterer Bericht sei dann nicht erforderlich.

Dr. Kristin Brinker (AfD) stellt die Frage, wie sich die Mittelausschöpfung darstelle. Es sollten planmäßig 1 000 Personen in Arbeit gebracht werden; seien alle diese Stellen besetzt?

Senatorin Katja Kipping (SenIAS) berichtet, dass es, nachdem das SGE aufgesetzt worden sei, eine Phase gegeben habe, in der sich Projekte hätten bewerben können und die 1 000 Stellen besetzt worden seien. Da der Titel aber sozusagen abgeschottet sei, könnten diese nicht nachbesetzt werden, wenn jemand ausscheide. Inzwischen nähmen noch ca. 950 Menschen an dem Projekt teil. In der Evaluation zeige sich eine hohe Zufriedenheit. Die etwa 50 Menschen, die das Projekt verlassen hätten, hätten das nicht zwangsläufig aus Unzufriedenheit getan, sondern z. B. auch, weil sie durch die dort gesammelten Erfahrungen in den ersten Arbeitsmarkt hätten wechseln können.

Titel 68476 – Zuschüsse für Maßnahmen der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) erkundigt sich, wie die Verdopplung der Ansätze bei dem unter Nr. 7 gelisteten Projekt „#sei Dual“ zustande komme.

Senatorin Katja Kipping (SenIAS) erläutert, damit werde auf die Erschwernisse durch Corona reagiert. Die Zahl der Teilnehmer sei als Reaktion auf die Krise verdoppelt worden. Ziel sei, 2022/2023 deutlich mehr Schüler zu erreichen, um sie auf die duale Ausbildung aufmerksam zu machen. Hierzu gebe es u. a. ein Event, das in der UFA-Fabrik durchgeführt werde. In der Coronapandemie sei klar geworden, dass die Ansprache von Jugendlichen über digitale Medien deutlich zu verbessern sei.

Kapitel 1141 – Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1142 – Arbeitsgericht

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1145 – Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1150 – Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales - Soziales

Christian Goiny (CDU) kommt auf Mobilitätshilfen zu sprechen, die sich in diesem Kapitel an verschiedenen Stellen fänden. Er habe gehört, dass es derzeit nur eingeschränkt und nur für bestimmte Nutzungszwecke möglich sei, diese Mobilitätsdienste in Anspruch zu nehmen. So sei z. B. die Nutzung für kulturelle Zwecke ausgeschlossen. Treffe das zu, und, falls dem so sei, wie werde es begründet?

Staatssekretär Alexander Fischer (SenIAS) antwortet, seines Wissens habe es keinerlei systematische Einschränkung der Mobilitätsdienste hinsichtlich des Beförderungszwecks gegeben. Sofern der Abgeordnete Goiny andere Informationen habe, interessierten ihn diese und er werde ggf. nachforschen. Generell seien während der Pandemie die möglichen Zwecke sogar ausgeweitet worden, um Menschen zu Impfzentren fahren zu können. Allerdings sei die Nutzbarkeit in der Tat deutlich eingeschränkt gewesen, weil z. B. die Zahl der Menschen, die mit einer einzelnen Fahrt befördert werden könnten, im Rahmen von Hygienekonzepten reduziert worden sei.

Christian Goiny (CDU) erklärt, weitere Erkundungen einziehen und ggf. in ein bilaterales Gespräch mit dem Staatssekretär kommen zu wollen.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Hendrikje Klein (LINKE) bittet die Verwaltung darzustellen, wie weit die Pläne zur Umstellung der Ausgabe des BVG-Tickets für Inhaber des Berlin-Passes gediehen seien.

Staatssekretärin Wenke Christoph (SenIAS) erklärt, die Verwaltung wolle hierzu schriftlich Stellung nehmen. Bei der Umstellung des Berechtigungsnachweises für den Berlin-Pass sei noch einiges zu klären, weshalb Mittel hierfür im Haushalt noch nicht veranschlagt seien. Die Verzögerung entstehe aufgrund von praktischen Fragen, aber auch von Fragen der Veranschlagung der Mittel für die Umstellung und für die notwendigen Zahlungen z. B. an Jobcenter und die BVG für die Erstellung der Trägerkarten etc.

Stefan Ziller (GRÜNE) weist darauf hin, dass die Umstellung des Berlin-Passes bereits seit geraumer Zeit geplant werde. Er bitte um eine chronologische Darstellung, wann welche Entscheidung getroffen worden und warum eine Veranschlagung nicht möglich gewesen sei.

Senatorin Katja Kipping (SenIAS) bestätigt, dass es Probleme gebe. Der vorherige Senat habe in einer seiner letzten Sitzungen beschlossen, dass die Umstellungskosten zu veranschlagen und einzustellen seien. Im Zuge der Koalitionsverhandlungen sei das Geld dann aber nicht vorgesehen worden; die laufenden Kosten seien dagegen bei SenIAS etatisiert.

Die Entlastungen durch die Umstellung fielen nicht im Bereich von SenIAS, sondern z. B. bei den Bürgerämtern an, während die Mehrkosten für BVG und Jobcenter für SenIAS bei über zweimal 5 Mio. Euro lägen. Da der Haushalt von SenIAS aufgrund steigender Asylzahlen ohnehin mit Mehrbelastungen konfrontiert sei, sehe die Senatorin sich nicht in der Lage, 10 Mio. Euro zusätzlich aus dem laufenden Haushalt zu schöpfen. Der Senat und die Senatorin selbst hielten außerdem an der Einschätzung fest, dass die Gelder, die die BVG fordere, deutlich zu hoch angesetzt seien und dass man an dieser Stelle weiter verhandeln müsse.

Außerdem bestehe die BVG auf einem fälschungssicheren Dokument. Ein solches müsse europaweit ausgeschrieben werden, was unter den Bedingungen der vorläufigen Haushaltswirtschaft ein gewagtes Unterfangen darstelle. Darum habe SenIAS vorgeschlagen, zur Überbrückung für ein halbes Jahr eine nicht fälschungssichere Variante zu verwenden, woraufhin die BVG mit zu erwartenden Einnahmeverlusten argumentiert und eine höhere Rechnung in Aussicht gestellt habe. – Bisher gebe es keine Lösung für diese Probleme; die Senatorin hoffe, dass eine solche im Verlauf der Haushaltsverhandlungen gefunden werden könne.

Stefan Ziller (GRÜNE) merkt an, diese Diskussion sei, auch mit der BVG, bereits vor rund einem Jahr geführt worden, das Problem sei bekannt. Er sehe es kritisch, wenn der Senat einerseits Beschlüsse fasse, die Mittel für deren Umsetzung dann aber nicht veranschlage. Er freue sich daher auf den Bericht, der auch mit der Finanzverwaltung abgestimmt werden und die einmütige Position des Senats wiedergeben solle.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, der Bericht werde zur zweiten Lesung erwartet.

Titel 54602 – Technische Hilfe für die Durchführung von Programmen der EU

Tobias Bauschke (FDP) bittet darum, dass erläutert werde, was unter „technischer Hilfe“ in diesem Kontext zu verstehen sei.

Staatssekretärin Barbro Dreher (SenFin) führt aus, die EU verlange technische Hilfe für die Überprüfung und Begleitung sämtlicher EU-Programme. Diese müsse in einem aufwändigen Prozess zertifiziert werden. Es gehe um Programme wie EU-Report, die das Überprüfen ermöglichen und je nach Programm Kriterien wie Teilnehmerzahlen, die Häufigkeit von Veranstaltungen, die Anzahl von Ausbildern oder Lehrkräften etc. kontrollierten. Einen zusätzlichen Punkt gebe es bei der Zuweisung von EFRE- und ESF-Mittel für die technische Hilfe; das müsse auskömmlich sein. Dieses technische Programm müsse in jeder Verwaltung vorhanden sein, in die EFRE- oder EFS-Mittel fließen, damit EU-Vertreter den normalen Programmablauf begleitend kontrollieren könnten.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Hendrikje Klein (LINKE) wünscht eine Darstellung der Projekte und Maßnahmen und der entsprechenden finanziellen Mittel zur Verbesserung der Situation wohnungsloser Menschen, da die Vermeidung bzw. Abschaffung von Obdachlosigkeit einen der Schwerpunkte der Senatsverwaltung bilde. Mit einem schriftlichen Bericht sei sie einverstanden.

Tobias Bauschke (FDP) bittet darum, den Bericht um eine Darstellung der Träger der einzelnen Projekte zu erweitern.

Christian Goiny (CDU) stellt die Frage, ob es bei SenIAS eine Anlauf- oder Koordinierungsstelle gebe, die private Initiativen im Bereich der Obdachlosenhilfe auf deren Wunsch hin miteinbeziehe und ihre Arbeit koordiniere, da ihm zugetragen worden sei, dass es hier in der Vergangenheit Zuständigkeitsprobleme gegeben habe. Die Antwort darauf möge ebenfalls in dem beantragten Bericht gegeben werden.

Vorsitzende Franziska Becker stellt fest, dass alle bisherigen Fragen schriftlich zu beantworten seien.

Stefan Ziller (GRÜNE) weist darauf hin, dass unter VI., „Kältehilfe – Tagessätze an reale Kosten anpassen“ für 2023 die Summe von 1,6 Mio. Euro eingeplant sei. Handele es sich dabei um die Überführung der gesamten Mittel aus den Bezirken oder nur um eine Teilfinanzierung? Würden, wenn die Kältehilfe dann an das Land überführt werde, die Mittel der Bezirke in diesen Titel noch hinzugebucht?

Senatorin Katja Kipping (SenIAS) antwortet, bei den 1,6 Mio. Euro handele es sich lediglich um die Differenz, nicht um die Überführung der gesamten Mittel. Die Zentralisierung der Kältehilfe sei noch nicht komplett etabliert, da zuerst die Konzept- und Dialogphasen durchlaufen werden müssten. Aufgrund der Krisen sei man hier noch nicht so weit wie gehofft.

Stefan Ziller (GRÜNE) kündigt an, seine Fraktion werde zu dem Thema entweder einen Auftragsbeschluss formulieren oder es nach den Haushaltsberatungen erneut aufrufen. Im Rah-

men der Gewährung der Coronaprämie sei deutlich geworden, wie kompliziert das Zuwendungsmanagement sei, und man werde sich damit erneut befassen müssen.

Titel 68431 – Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden

Tobias Bauschke (FDP) wünscht auch hier, dass die Träger der unter diesem Titel aufgeführten Projekte in einem schriftlichen Bericht aufgeführt würden. Dabei sei keine Feingliederung erforderlich, ein grobes Raster genüge.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass so verfahren werden möge.

Senatorin Katja Kipping (SenIAS) bittet darum, an dieser Stelle Kapitel 2711 – Aufwendungen der Bezirke - Integration, Arbeit und Soziales - aufzurufen, da die zuständige Abteilungsleiterin anwesend und sprechbereit sei, in deren Zuständigkeit auch die Bewältigung der Flüchtlingsbewegung aus der Ukraine falle, und es wünschenswert sei, dass sie rasch an ihren Arbeitsplatz zurückkehren könne.

Vorsitzende Franziska Becker meint, so könne verfahren werden, da kein Widerspruch zu erkennen sei.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke

Kapitel 2711 – Aufwendungen der Bezirke - Integration, Arbeit und Soziales -

Der **Ausschuss** beschließt auf Vorschlag von **Stefan Ziller** (GRÜNE), Kapitel 2711 – Aufwendungen der Bezirke - Integration, Arbeit und Soziales - werde zur zweiten Lesung des Einzelplans 11 am 25. Mai 2022 zurückgestellt.

Einzelplan 11 – Integration, Arbeit und Soziales

Kapitel 1160 – Landesamt für Gesundheit und Soziales - Leitung der Behörde und Service -

Mitberaten wird:

Bericht SenIAS – ZS A 14 – vom 09.12.2021

Wirtschaftspläne 2022/2023

hier nur:

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI)

gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum

Haushalt 2020/21

[0075](#)

Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0075 betr. Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) ohne Aussprache zur Kenntnis. Weitere Wortmeldungen liegen ebenfalls nicht vor.

Kapitel 1162 – Landesamt für Gesundheit und Soziales - Gesundheit -

Mitberaten wird:

Bericht SenIAS – ZS A 14 – vom 09.12.2021	0075
Wirtschaftspläne 2022/2023	Haupt
<u>hier nur:</u>	
Sondervermögen Ausgleichsfonds des Landes Berlin	
nach dem Pflegeberufegesetz	
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum	
Haushalt 2020/21	

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0075 betr. Sondervermögen Ausgleichsfonds des Landes Berlin nach dem Pflegeberufegesetz ohne Aussprache zur Kenntnis. Weitere Wortmeldungen liegen ebenfalls nicht vor.

Kapitel 1164 – Landesamt für Gesundheit und Soziales - Versorgung -

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1166 – Landesamt für Gesundheit und Soziales - Soziales -

Mitberaten wird:

- | | |
|---|----------------------|
| a) Bericht SenIAS – LAGeSo ZS C 1 – vom 21.09.2021 | 0085 |
| Zukunft der Kunstsammlung der ehemaligen | Haupt |
| Sozialen Künstlerförderung | |
| (Berichtsauftrag aus der 23. Sitzung der 18. WP vom | |
| 17.11.2017) | |
| (Rote Nummer 1025 G aus der 18. WP übernommen) | |
| b) Bericht SenIAS – LAGeSo ZS C 1 – vom 31.01.2022 | 0134 |
| Zukunft der Kunstsammlung der ehemaligen | Haupt |
| Sozialen Künstlerförderung | |
| (Berichtsauftrag aus der 2. Sitzung vom 8.12.2021) | |

Der **Ausschuss** nimmt die Bericht rote Nrn. 0085 und 0134 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Frank Balzer (CDU) erkundigt sich, weshalb bei diversen Einnahmetiteln, so z. B. Titel 18212 – Rückflüsse von Darlehen nach dem SGB XII und AsylbLG und Titel 23301 – Ersatz von Sozialhilfe von anderen Sozialhilfeträgern im Ansatz 2021 1 000 Euro vermerkt seien, es

zugleich 2020 ein hohes Ist gebe und die Ansätze für 2022 und 2023 auch annähernd so hoch seien. Habe es eine Vorgabe von SenFin gegen, 2021 nur 1 000 Euro anzusetzen? Es sei sonst keine Systematik erkennbar. Das gleiche wiederhole sich bei Ausgabentiteln, z. B. auf den Seiten 230f.

Senatorin Katja Kipping (SenIAS) beantragt schriftliche Beantwortung.

Frank Balzer (CDU) erklärt sich grundsätzlich damit einverstanden; sei der Sachverhalt aber nicht durch eine einfach Erklärung wie eine Vorgabe von SenFin aufzuklären?

Senatorin Katja Kipping (SenIAS) verneint dies.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, man erwarte einen schriftlichen Bericht zu der Angelegenheit.

Kapitel 1170 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Leitung der Behörde und Service -

Der **Ausschuss** beschließt auf Vorschlag von **Max Landero Alvarado** (SPD) ohne Aussprache, Kapitel 1170 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Leitung der Behörde und Service - werde zur zweiten Lesung des Einzelplans 11 am 25. Mai 2022 zurückgestellt.

Kapitel 1171 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylbewerberinnen/ Asylbewerber -

Der **Ausschuss** beschließt auf Vorschlag von **Max Landero Alvarado** (SPD) ohne Aussprache, Kapitel 1171 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylbewerberinnen/ Asylbewerber - werde zur zweiten Lesung des Einzelplans 11 am 25. Mai 2022 zurückgestellt.

Kapitel 1172 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Berliner Unterbringungsleitstelle -

Mitberaten wird:

- a) Vertraulicher Bericht SenIAS/LAF – II C 1 / II C 1.3 – vom 28.02.2022
Anmietung der durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen zu errichtenden modularen Unterkünfte für Flüchtlinge (MUF)
betr. Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21 und Beschluss in der 4. Sitzung
hier: Kenntnisnahme der Anmietung im Rahmen der vorläufigen Haushaltswirtschaft nach Artikel 89 VvB

[0172](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

- b) Bericht SenIAS – III A 1.9 – vom 22.03.2022 [0172 A](#)
**Anmietung der durch die Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung und Wohnen zu errichtenden
modularen Unterkünfte für Flüchtlinge (MUF)
hier: Fritz-Wildung-Str.**
(Berichtsauftrag aus der 5. Sitzung vom 16.03.2022) Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 0172 und 0172 A ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Tobias Bauschke (FDP) bittet um eine genauere schriftliche Aufstellung, wie sich die Kosten hier zusammensetzten.

Senatorin Katja Kipping (SenIAS) schlägt vor, dass die Vertreterin des LAF sich dennoch an einer mündlichen Beantwortung der Frage versuche.

Carina Harms (LAF) berichtet, dass der Ansatz insbesondere im Bereich der Sicherheitsleistungen gegenüber dem Ist erhöht sei, weil diese Leistungen nun extra ausgewiesen würden und nicht mehr in den Betreiberverträgen enthalten seien. An anderer Stelle sei der Betrag dafür geringer. Von den ca. 70 Mio. Euro im Ansatz entfielen ca. 50 Mio. auf Sicherheitsdienstleistungen. Man sei dabei, diese nach und nach zurückzufahren, um eine Integration zu leisten.

Vorsitzende Franziska Becker merkt an, der Abgeordnete Bauschke habe ihr signalisiert, mit dieser Antwort sei seine Frage beantwortet.

Der **Ausschuss** beschließt auf Vorschlag von **Max Landero Alvarado** (SPD), Kapitel 1172 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Berliner Unterbringungsleitstelle - werde zur zweiten Lesung des Einzelplans 11 am 25. Mai 2022 zurückgestellt.

Kapitel 1192 – Sozialleistungen (Kriegsopferfürsorge) mit einem Bundesanteil von 80 v.H.

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzende Franziska Becker stellt fest, damit sei die erste Lesung des Einzelplans 11 – Integration, Arbeit und Soziales – beendet. Sie erinnere daran, dass die Berichte mindestens eine Woche vor der zweiten Lesung des Einzelplans am 25. Mai 2022 möglichst als Sammelvorlage zugeleitet werden sollten.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.